

Nr. 1 MÄRZ '90

RUNDBRIEF

DREI GLIEDERUNG DES
SOZIALEN ORGANISMUS

AUS DEM INHALT:

FREIHEIT UND SELBSTVERWALTUNG
IM KULTURLEBEN - GESTALTUNGSFRAGEN VON
EINRICHTUNGEN IN FREIER TRÄGERSCHAFT -
PRAXISBEISPIELE AUS VERSCHIEDENEN BEREICHEN -
MELDUNGEN, ANKÜNDIGUNGEN

HERAUSGEGEBEN VON DER INITIATIVE > NETZWERK DREI GLIEDERUNG

Inhalt

Editorial..... S. 2

Stichwort "Selbstverwaltung"

Freiheit und Selbstverwaltung im Kulturleben

- Gestaltungsfragen von Einrichtungen

in freier Trägerschaft (C. Strawe)..... S. 3

Die Befreiung des Geisteslebens - Symptomatisches - Initiative und Selbstverwaltung - Formen der Selbstverwaltung - ökologische Aspekte..... S. 3

Die Finanzierung des Geisteslebens -

Chancen der Befreiung des Geisteslebens..... S. 7

Beispiele der Selbstverwaltungspraxis - Universität - Heilpädagogik - Schule -

Kunst - Presse und Medien..... S. 10

Forum Kreuzberg (K.H. Finke)S. 14

Literatur zur Selbstverwaltung.....S. 16

Bio-Lüge? -ZDF greift Demeter an

(Christiane Heidorn)S. 16

Meldungen, Ankündigungen und Vermischtes

..... S. 17

Impressum:

Rundbrief *Dreigliederung des sozialen Organismus*. Herausgegeben von der Initiative "Netzwerk Dreigliederung". Redaktion: Dr. Christoph Strawe, Haußmannstr. 44a, W-7000 Stuttgart 1, Tel.: 0711-2368950, Fax: 0711-6071907. Es erscheinen in der Regel 4 Hefte pro Jahr. Versand (Abo) gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr DM 20,-). Zahlungen bitte durch Geldschein, Scheck oder Überweisung auf Konto-Nr. 1161625 (Treuhandkonto Czesla), Landesgirokasse Stuttgart, BLZ 60050101. Bitte jeweils das Stichwort "Rundbrief" vermerken. Bei Beiträgen zum Kostenausgleich der Initiative "Netzwerk Dreigliederung" buchen wir automatisch DM 20,- auf den Rundbrief.

Editorial

Christoph Strawe

Von einer "neuen Weltunordnung" sprach jüngst Willy Brandt. In der Tat macht die gegenwärtige Welt nicht den Eindruck, als sei sie unterwegs zu einem Zustand, der legitimerweise mit dem Begriff der "New World Order" belegt werden könnte. Der Zerfall alter Strukturen schreitet dramatisch fort; zuwenig wird er aber als Neugestaltungschance wirklich bewußt ergriffen. Wo statt der Verantwortungskraft des Selbst dem Selbstlauf vertraut wird, droht heute sinnloses Chaos und Unmenschlichkeit. So hat das zentrale Dreigliederungs-Thema "Selbstverwaltung und Selbstgestaltung", das im Mittelpunkt dieser Nummer des Rundbriefs steht, eine Bedeutung, die weit über die Alltagsprobleme von Einrichtungen in freier Trägerschaft hinausweist. Es geht um die

soziale Form, in der mündige Menschen ihr Zusammenleben regeln können und müssen.

In die Zeit seit dem Erscheinen des letzten Rundbriefs fällt der Rücktritt Gorbatschows, der einen Einschnitt der Entwicklung im Osten markiert und der sicherlich damit zusammenhängt, daß der Architekt der Perestrojka der wiederauflebenden Nationalismen nicht Herr wurde, sie vielleicht auch unterschätzt hat. Es bleibt Gorbatschows historisches Verdienst, den Weg zur Befreiung vom Totalitarismus freigemacht zu haben. Und wenn auch seine Hoffnung auf einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz unerfüllt bleibt, so bleibt doch sein Beharren darauf richtig, daß sich die gesamte Zivilisation in einem tiefgehenden Wandel befindet und daß auch der Westen einen Bedarf an Perestrojka hat.

Die Konflikte in Jugoslawien und anderswo zeigen alleamt die Grenzen des traditionellen territorial- und einheitsstaatlichen Denkens auf. Der Zerfall des Alten läßt neue Aufgaben der Friedenspolitik und Rüstungskontrolle entstehen, wie das Problem der Abwerbung von Atom-Experten der GUS durch Drittwelt-Diktaturen zeigt.

Die wirtschaftlichen Probleme wachsen, auch in den reichen Ländern. In den USA haben sie ein Ausmaß angenommen, das die Wiederwahl des amtierenden Präsidenten in Frage stellt. Im vereinten Deutschland verbinden sich die Schwierigkeiten der neuen mit denen der alten Länder. "Der Osten schreibt rot" titelte "Die Zeit" vom 28. 2. und stellte fest, daß zwei Jahre nach der deutschen Vereinigung die Marktwirtschaft die Bürger der Ex-DDR in wenige Reiche und viele Arme teile. Die Explosion der Kosten im Gesundheitswesen, Ebbe in den Rentenkassen, zusätzlicher Finanzierungsbedarf der Arbeitsämter lassen Zukunftsfragen und -ängste aufkommen. Für dieses Jahr ist nach einer im Auftrag der Zeitschrift "Capital" erstellten Analyse des Bad Homburger Wirtschaftsforschungsinstituts Feri ein Defizit der Sozialversicherungen in Höhe von DM 24,5 Md. zu erwarten ("Capital", 3/92).

Immer mehr wird sich zeigen, daß für zahlreiche Probleme dieser Welt freiheitliche Lösungen nur gefunden werden können, wenn sie von dem Grundgedanken der Dreigliederung des sozialen Organismus inspiriert sind.

"Der Prozeß der Erneuerung des Landes und der radikalen Veränderungen in der internationalen Gemeinschaft gestaltete sich schwieriger, als es vorhersehbar war. Dennoch muß das, was getan wurde, nach seinem wahren Wert eingeschätzt werden. Die Gesellschaft hat die Freiheit erlangt, sich politisch und geistig befreit. Dies stellt die Haupterrungenschaft dar. Sie wurde bislang nicht ausreichend gewürdigt, möglicherweise, weil wir noch nicht gelernt haben, uns ihrer zu bedienen - aber auch, weil der Weg in die Freiheit sich als dornig, unglaublich schwierig und schmerzhaft erwiesen hat." (Aus der Rücktrittserklärung von M. Gorbatschow vom 25. 12. 91; AFP, 26.12.91.)

Stichwort "Selbstverwaltung"

Im Anschluß an eine Arbeitswoche über "Freiheit und Selbstverwaltung im Kulturleben - Gestaltungsfragen von Einrichtungen in freier Trägerschaft"

Christoph Strawe

Das Thema "Selbstverwaltung" ist für eine moderne Sozialverfassung zentral. Mit der richtig verstandenen Selbstverwaltung erfaßt man den organbildenden Kern der sozialen Dreigliederung überhaupt. Während einer Arbeitswoche im Goetheanum in Dornach befaßten sich im Rahmen der Fortbildungsreihe "Individualität und soziale Verantwortung" vom 12. - 18. Januar d.J. knapp 150 Teilnehmer mit diesem Thema.

Im folgenden soll versucht werden, einige Grundmotive der Selbstverwaltung zu behandeln, darunter solche, die in der Praxis immer wieder eine Rolle spielen. Dies soll in relativ freiem Anschluß an die Vorträge, Arbeitsgruppen, Plenen und Foren dieser Arbeitswoche geschehen. Es handelt sich also nicht um einen vollständigen Bericht von dieser außerordentlich intensiven Tagung und den dort gehaltenen Vorträgen. Bei den einzelnen Themen werden die gehaltenen Referate nur zum Ausgangspunkt einer Problemskizze genommen, bei der auch Gesichtspunkte aus dem Gespräch eingeflossen sind. Dabei mußte ich aus Platzgründen manchen Aspekt auslassen, vieles rafften und in eigene Worte kleiden. Dadurch entstandene Verkürzungen der Argumentation einzelner Referenten sind allein dem Autor anzulasten. Der Lesbarkeit halber habe ich auch auf Literaturhinweise im Text in der Regel verzichtet und nur am Ende eine allgemeine Literaturliste zum Thema angefügt.

Daß die Frage nach der "Selbstverwaltung" nicht nur eine Frage für Einrichtungen des *Kulturlebens* darstellt, ist selbstverständlich, auch wenn bei dieser Tagung der Schwerpunkt auf der Betrachtung *dieses* Bereichs lag.

Die Befreiung des Geisteslebens als Wendepunkt sozialer Entwicklung

Im Vortrag behandelte Manfred Schmidt-Brabant dieses Thema.

Warum ist die Therapie der Dreigliederung des sozialen Organismus in den Umbrüchen unseres Jahrhunderts bisher so wenig angeschlagen? Warum behalten die freiheitsfeindlichen Nationalismen, Fundamentalismen und Rassismen eine so furchtbare Macht? Liegt es am Ende gar an der Problematik des zu befreienden Geisteslebens selbst, daß diese Befreiung so langsam vorankommt? Nach wie vor hemmen platonisch-ständestaatliche Fehldeutungen (der "Geistesarbeiter", der auf den Handarbeiter herabblickt usw.) das Dreigliederungsverständnis. Der uralten Neigung zum ständestaatlichen Denken ist der funktionelle Begriff der sozialen Dreigliederung entgegengesetzt, in dem jeder Mensch konstitutionell als Teilhaber an allen drei Bereichen des gesellschaftlichen Lebens gedacht ist.

Für die alten Mysterienkulturen ist der einzelne nichts, Rechts- und Wirtschaftsleben befinden sich "im Schoße" des - theokratischen - Geisteslebens. Der Nachklang der Einheit der alten Mysterien mit ihrer ganzen Größe und Wucht ragt wie eine kollektive Erinnerung in unsere Zeit hinein. Die Mysterien traten zurück, nachdem sie ihre Aufgabe erfüllt hatten, damit der einzelne frei werden konnte. Was in den Mysterien gepflegt wurde, ging teilweise an Geheimgesellschaften und Kirchen über; in den Händen der letzteren befand sich das Geistesleben noch bis ins Mittelalter. Der emanzipatorische Prozeß der Individualisierung (von dem R. Steiner 1898 in seiner Beschreibung des "soziologischen Grundgesetzes" spricht) verläuft nicht ohne Widerstände und Rückschläge. Selbständigkeit macht immer noch Angst. Die verlorene "Wärme" der geschlossenen Gesellschaft erzeugt immer noch Nostalgie. Und im Staat sehen viele noch immer ein quasi watergöttliches Prinzip. Der "freie Geist" erscheint dadurch als gefährlicher Mensch, ja als Verräter. Von solchen Stimmungen profitieren die Kräfte, die der Befreiung des Geisteslebens feindlich gesinnt sind. Die aggressivsten dieser Gegner sind die ahrimanischen Mächte der geistigen Finsternis. So wirkt aus dem Nicht-Sinnlichen ein starker Druck in Richtung auf eine bevorzogene Einmischung des Rechts- und des Wirtschaftslebens in das Geistesleben. Vieles deutet darauf hin, daß wir vor gewaltigen Einwirkungen dämonischer Kräfte in die Menschheit stehen. Das Umsichgreifen grausamer Gewaltmethoden in unserer Welt ist nicht allein durch "soziales Fehlverhalten" erklärbar. Eine geistige Schlacht für die Individualität des Menschen gegen die Mächte der Ent-Ichung hat in diesem Jahrhundert begonnen.

Die "Philosophie der Freiheit" ist nach eigener Einschätzung ihres Autors, mehr als manches "esoterische" Werk R. Steiners, ein Jahrtausendbuch, weil es den emanzipatorischen, den antiautoritären Grundimpuls der Moderne aufgreift, den allen Gewalten trotzendes Impuls der Selbstverwirklichung des einzelnen. Die menschliche Biografie wandelt sich in ihrem Charakter, wird immer mehr zum selbst verfaßten Lebensbuch. Vollzog sich "Karma" früher als Prägung durch das Lebensumfeld, so müssen wir uns heute selber in individueller Weise in dieses Lebensumfeld eingliedern, in das jeder - durch sein Karma wohlbegründet - hineingestellt ist.

Die Sinn- und Motivationskrisen unserer Zeit, die Aussteigerbiografien, hängen mit der Schwierigkeit zusammen, die Antriebe zum Handeln aus eigener Einsicht zu schöpfen. Wir brauchen heute Gemeinschaften, in denen etwas lebt, an dem sich der einzelne entflammen kann. Eine Menschengemeinschaft, so formuliert R. Steiner 1905 in seinem "sozialen Hauptgesetz", muß eine soziale Mission haben, und jeder einzelne muß wollen, daß diese Mission verwirklicht wird.

R. Steiner formuliert 1922 in den sog. Oxford-Vorträgen, in der sozialen Frage gebe es keine generellen Lösungen. Erfolg verspreche allein die Bildung sozialer Gruppen, die Partiallösungen der sozialen Frage an irgendeinem Ort und zu irgendeiner Zeit möglich machten. Darin liegt die Mission von Initiative und Selbstverwaltung. Freiheit ohne Initiative ist letztlich undenkbar. Nicht auf die Hilfe irgendeiner äußeren Instanz warten, sondern auf die eigene Kraft bauen, ist die Devise des modernen Menschen. Wir leben in einer Wendezeit, in der sich die Gesellschaft aus einer stationären in eine prozessuale, sich ständig revolutionierende, transformiert. Diese permanente Umgestaltung beginnt beim Dreigliederer selbst. Wir alle müssen uns von den Verhaltensmustern lösen, die uns durch die Jahrtausende der statischen Gesellschaft eingepägt worden sind.

Was ist Geistesleben?

In Vortragsform wurde dieses Thema von C. Strawe behandelt.

Dem Geistesleben, für Rudolf Steiner Inbegriff all dessen, was durch die individuellen menschlichen Fähigkeiten in das soziale Leben einströmt, kommt für den sozialen Organismus die Rolle des Ernährungspols zu. Der einzelne Mensch baut in der geistigen Tätigkeit, soweit sie sich auf sein Nerven-Sinnes-System abstützt, seine Vitalkräfte ab, verausgibt sich selbstlos in der Arbeit, - und gerade dadurch baut sich das Leben des sozialen Organismus auf! Schon in der einfachsten körperlichen Arbeit werden individuelle Fähigkeiten betätigt, tritt die Aufmerksamkeitskraft des Ich in Aktion. So gesehen ist **alle** Arbeit Geistesleben: welch ein radikaler Denkschritt gegenüber Plato und der Antike überhaupt, die auf die materielle Arbeit herabsieht. Nicht einmal die einfache Reproduktion des Lebens ist ohne Geist möglich. Ohne die Innovationskraft des Geistes müßte sich das Leben immer im gleichen Kreise drehen. Es ist auf die Arbeit angewandter Geist, "Grizzi", wie Rudolf Steiner einmal salopp formuliert, der Hammer und Sichel, Dampfmaschine und Mähdrescher möglich macht und damit das soziale Gefüge permanent revolutioniert. Wenn sich heute das alte Verhältnis zwischen Stadtbevölkerung und Landbevölkerung völlig umgekehrt hat, so ist dies das Resultat von "Geistesleben". Und man trägt dieser Tatsache ja auch allgemein dadurch Rechnung, daß man gewaltige Mittel in den "Produktivitätsfaktor" Geist investiert: in Forschung, in Aus- und Fortbildung. In dieser Hinsicht ist die Ernährung des sozialen Organismus - zumindest in unseren Breiten - heute relativ gesichert. Doch weder der einzelne Mensch - noch sein sozialer Organismus - leben vom Brot allein. Wo der Geist nicht zu sich selbst kommt, sondern nur Instrument zur Erreichung äußerer Zwecke ist, da entsteht geistige Unterernährung im sozialen Gefüge. Nur wo sinngebende Motive leben, wo die Geistnatur des Menschen durch Wissenschaft, Kunst, Religion und Pädagogik als Selbstzweck gepflegt und schöpferisch betätigt wird, kann sich das sozial Ganze gesund entwickeln. Die Befriedigung materieller Bedürfnisse wird sonst aus dem Mittel zur Entfaltung der menschlichen Wesenskräfte zum Zweck, in dessen Knechtschaft diese Wesenskräfte gefesselt bleiben. Ein fremdbestimmtes Geistesleben wird in seiner Kernfunktion gelähmt, es verstopft den in den Individualkräften des einzelnen liegenden Quell geistiger Produktivität. Gerade die Bildungseinrichtungen, in denen es ja um die Pflege und

die Entwicklung individueller Begabungen und Fähigkeiten geht, brauchen Freiheit und Selbstgestaltung wie die Luft zum Atmen. Nur ein - im sozialen Sinne - freies und selbstbestimmtes Geistesleben ist produktiv und fruchtbar, individuell und vielfarbig, vermittelt Sinn und damit Lebensqualität. Nur ein solches Geistesleben wirkt veredelnd auf die Bedürfnisse und prägt damit auch dem Wirtschaftsleben seinen Stempel auf.

Wir bekennen uns heute zu den allgemeinen Menschenrechten. Aber wir haben die Befreiung im Sinne dieser Menschenrechte gesamtgesellschaftlich noch nicht weit genug getrieben. Diese Freiheit darf nicht auf Konsum- und Meinungsfreiheit reduziert werden. Das Recht des mündigen Bürgers auf die Bildung und Verbreitung eigener Urteile muß ergänzt werden durch das uneingeschränkte Recht zu Initiative, d.h. auf das Recht auf Selbstverwaltung und Selbstverantwortung in allen Lebensbereichen. Eine solche Auffassung der Freiheit macht diese erst zur öffentlich-relevanten, sie ergänzt das Prinzip der Selbstverwirklichung durch das der sozialen Verantwortung.

Bedrohung der Lebensgrundlagen durch die Verquickung von Forschung, Wirtschaft und Staat

Die gesellschaftliche Relevanz der Frage nach Selbst- oder Fremdbestimmung des Geisteslebens wird auch an der von Wolfgang Schad in einem Vortrag behandelten ökologischen Frage deutlich. Nur eine - durch die Befreiung der Kultur sozial geförderte - Verantwortungsethik kann auch zu einem anderen - sozialökologischen - Umgang mit Energie und Ressourcen führen. Die Wirkungen eines befreiten Geisteslebens in dieser Richtung dürfen nicht unterschätzt werden. Indem die Wissenschaft aus den Fesseln der ökonomischen Verwertungs-zwänge entbunden wird, entsteht Raum für ein neues Denken über Natur und Leben, das eine *conditio sine qua non* für die Überwindung der Naturausbeutung und -zerstörung darstellt. Es ist signifikant, daß in der Biologie heute morphologische Forschung kaum gefördert wird, während die Genforschung unter Verwertungsgesichtspunkten mit gewaltigen Summen ausgestattet wird. Die Geographie als per se integrale, ökologisch-global ausgerichtete Wissenschaft kümmert an den Universitäten immer noch dahin. Selbstbestimmte wissenschaftliche Institutionen würden sich in der öffentlichen Diskussion stärker bemerkbar machen, darauf drängen, daß aus Einsichten auch Taten folgen. So aber geht die Vernichtung der Regenwälder weiter, obwohl alle seriösen Wissenschaftler sich seit 20 Jahren über die Folgen einig sind.

Symptomatisches zum heutigen Geistesleben

Hierzu sprach Christoph Lindenberg, der an der These des Bielefelder Soziologen Niklas Luhmann von der Konstitution der Gesellschaft durch "Kommunikation" anknüpfte. Historisch bilden sich mit zunehmender Komplexität der Gesellschaft Zeichensprachen heraus, die die Eindeutigkeit der Kommunikation sicherstellen. Die Schrift, das Geld als internationales Kommunikationsmittel des Handels, eindeutige Verfahrensweisen ("Rituale" und Symbole politischer Macht usw.) stabilisieren das gesellschaftliche Gefüge.

"Wissen" tritt in alten Zeiten als Weisheit (von Königen, Sybillen usw.) auf, später entwickelt sich die Logik, die es erlaubt, das Wissen durch formalisierte Formen des Schließens weiterzubilden. Die Neuzeit bringt einen entscheidenden Wandel: die Empirie tritt in den Vordergrund, Regeln des richtigen Experimentierens werden entwickelt. So entsteht ein professionelles, empirisch überprüfbares Wissen, bei dessen Erlangung theologische und politische Rücksichten als "unprofessionell" ausgeschlossen werden. Altes und neues Wissen werden deutlich unterschieden. Nur der ist im modernen Verständnis beispielsweise ein wissenschaftlich zu nennender Historiker, der durch Forschung bestrebt ist, wirklich Neues herauszufinden, die Quellen allseitig studiert und ihre Aussagekraft einschätzen kann. Nur auf solche Weise gewonnene seriöse wissenschaftliche Ergebnisse sind "anschlußfähig". Die Wissenschaft steuert sich durch Selbstbeobachtung der Forschenden aufgrund eigener Standards. Symptomatisch ist dabei das Fehlen einer steuernden Zentralinstanz. Die wissenschaftliche Themenwahl ist in modernen Gesellschaften frei, Meinungsverschiedenheiten werden toleriert und nicht mehr durch Ketzerprozesse "beseitigt". Durch die Selbstreflexion der Wissenschaft Betreibenden entsteht eine relativ strenge Selektion, bei der Pseudowissenschaftliches (z.B. die NS-Geschichtsschreibung oder marxistische Geschichtsdogmen) nach und nach ausgesiebt wird. Die "Reputation" honoriger Forscher, verbunden mit der Reputation von Verlagen und Zeitschriften (Rezensionswesen), ist ein wesentliches Steuerungsinstrument im Geistesleben. So wird gewährleistet, daß zumindest tendenziell nur wirklich Neues, mehrfach Überprüftes als wissenschaftlich seriös anerkannt wird. (Im weiteren Verlauf der Arbeitswoche wurde dazu angemerkt, daß die neuere Wissenschaftstheorie [Thomas Kuhn] die Rolle von Paradigmen im wissenschaftlichen Prozeß herausgearbeitet hat. So gibt es neben der Ausgrenzung von Nichtprofessionellem immer auch Ausgrenzungsmechanismen gegenüber Unkonventionellem, nicht zu den herrschenden Paradigmen Passendem.)

Lindenberg plädierte vehement dafür, die Regeln der Professionalität immer in den Begriff des Geisteslebens einzubeziehen. Die Frage der Selbstverwaltung könne nicht unabhängig von den Inhalten diskutiert werden. Sonst werde der Begriff des Geisteslebens durch den eines freien Seelenlebens (die postmoderne Beliebigkeit des "Anything goes") ersetzt. Überhaupt erschien Lindenberg die Postmoderne als ein Synonym für "kommunikative Unklarheit".

Die Ideen von Freiheit und Selbstbestimmung dürften nicht zum Alibi für Unprofessionalität, für Gefälligkeitskoalitionen und sektenhafte Inkompetenz werden. Freiheit und Verantwortungsfähigkeit dürfen nicht entkoppelt werden.

Wissenschaftsfreiheit bedeutet die innere Autonomie einer Gemeinschaft von Forschenden und Lehrenden (der "Scientific Community"). Freiheit der Erziehung bedeutet die innere Autonomie einer Gemeinschaft der Unterrichtenden, nicht Freiheit der Lehrer von der Beurteilung ihrer pädagogischen Kompetenz.

Es darf nicht dem Zufall überlassen bleiben, ob der einzelne seinen Platz in der Gesellschaft findet, an dem er seine geistigen Potenzen fruchtbar einsetzen kann. In diesem Zusammenhang thematisierte Lindenberg das Problem der hohen Zahl der Studienabbrüche in der Bundesrepublik, die u.a. mit der Entwertung des Abiturs

durch Inflationierung ("Fehlen der richtigen Anschlüsse") zusammenhänge. Es bedürfe sachlicher Orientierungsmarken, kommunikativer Klarheit. Diese sei ein Gewinn für den sozialen Organismus. Die Verfassung des freien Geisteslebens muß diese Klarheit fördern.

Initiative und Selbstverwaltung

Zu den Themen "Initiative und Selbstverwaltung", "Formen der Selbstverwaltung" und "Finanzierung des Geisteslebens" sprach in vier Vorträgen Udo Hermannstorfer, wobei u.a. die folgenden Gesichtspunkte eine wesentliche Rolle spielten:

Kern menschlicher Mündigkeit ist das eigene Urteil und das Handeln in Übereinstimmung mit dem individuell als richtig Erkannten. So betrachtet ist Selbstverwaltung nicht primär eine bestimmte organisatorische Struktur, sie ist die Form schlechthin, in der mündige Menschen ihr Leben gestalten - ihr eigenes und ihr Zusammenleben mit anderen. Soziale Gestaltung ohne dieses Element der Eigeninitiative gelingt heute immer weniger: Wo der einzelne das Entwicklungsziel der Mündigkeit verfehlt, entstehen die Einfallstore für Chaotisierung und Unmenschlichkeit. Mündigkeit ist nie gegeben, sondern immer aufgegeben. Die erste Form der "Selbstverwaltung" ist der eigenverantwortliche Umgang mit sich selbst. Und je mehr jemand in dieser Hinsicht an sich gearbeitet hat, um so mehr wird er auch in eine gemeinschaftliche Selbstverwaltung einzubringen haben. Initiative kann man fördern, jedoch nicht lehren. Die Gemeinschaft als solche kann niemals den Inhalt der Initiative bestimmen, schon gar nicht aus Tradiertem und "Bewährtem" heraus. Initiativ-Sein heißt Neues kreieren, nicht Altes kopieren.

Institutionen, Gemeinschaftsbildung

Die Selbstverwaltung führt notwendigerweise ins Institutionelle. Soziales Leben und soziale Institutionen stehen im Wechselverhältnis zueinander: die Lebensbedürfnisse bedingen die Institutionen, die als ihre Organe fungieren. Institutionen, die sich gegenüber ihren Aufgaben verselbständigen, verknöchern und werden zum Entwicklungshemmschuh. Einrichtungen müssen sich verwandeln, um nicht hinter dem Leben zurückzubleiben. Um diesen Wandel zu gestalten, bedarf es neuer sozialer Fähigkeiten.

Moderne *Institutionen* haben die Aufgabe, permanent die Bedingungen der Initiative herzustellen. Eine moderne Gemeinschaft ist nichts für sich, sie ist *Ermöglichungsraum von Initiative*. Und die Gemeinschaftsprozesse müßten von diesem Gesichtspunkt geprägt sein. R. Steiner drückt dies in seinem "Motto der Sozialethik" mit den Worten aus: "Heilsam ist nur, wenn im Spiegel der Menschenseele sich bildet die ganze Gemeinschaft, und in der Gemeinschaft lebet der Einzelseele Kraft." Gemeinschaft wird heute beschädigt, wenn man sich als einzelner nicht einbringen kann.

Nun sind allerdings Initiative und Willkür, situationsgerechtes Handeln und "Gschaftelhuberei" durchaus verschiedene Dinge. Der initiativkräftige Mensch ist gerade nicht derjenige, der heute diesen, morgen jenen Impuls zu realisieren versucht und die Folgen seiner jeweiligen Initiative (die sog. Klein- oder Schmutzarbeit) den anderen auflastet. Der Mensch der Initiative ist derjenige, der sich Arbeit aufschultert und Aufgaben durchträgt. Wie aber nun wirkliche Initiative, im Gegensatz zu unfruchtbarer Geschäftigkeit, fördern, ohne wiederum die Ge-

meinschaft zum Richter über Richtig und Falsch zu machen? Ein Patentrezept hierfür gibt es sicher nicht, aber doch Gesichtspunkte:

- Dem Fluß der Information muß man große Aufmerksamkeit schenken. Denn die Information bietet Grundlagen individueller Urteilsbildung und kann Wahrnehmungen verfügbar machen, an denen sich die Initiative entzünden kann.

- Das Begegnungselement muß gepflegt werden. Es gilt, Bedingungen zu schaffen, die menschliches Interesse wachrufen, Betroffenheiten erzeugen und damit soziales Verantwortungsgefühl entstehen lassen.

Das Lebensselement des Geisteslebens und jeder modernen Einrichtung ist die Freiheit. Der innere Aspekt dieser Freiheit wird durch R. Steiners Satz von der Liebe zum eigenen Handeln und dem Lebenlassen im Verständnis des fremden Wollens beschrieben. Der äußere rechtliche Aspekt der Freiheit besteht zunächst in dem Schutz vor dem Willen anderer. Wobei das, was mein Ich in seiner Entfaltung schützt, zugleich auch den anderen vor mir schützt. Gesellschaftliche Macht (des Staates) reduziert sich auf die Schutzgeste für Freiheit. Für die einzelne Einrichtung ist eine Freiheitsgestalt gefordert, die unvereinbar ist mit inneren Machtstrukturen.

Initiative und soziales Echo

Sozial gesehen ist Initiative nicht Selbstzweck, sondern hat ein Ziel, soll letztlich den anderen erreichen. Das Gegenbild der Initiative ist immer das Interesse, das "soziale Echo". Die Freiheit der Initiative findet so ihre notwendige Ergänzung in der Freiheit, mit der der andere sich zu ihr verhalten kann. Initiative, die die Mündigkeit des anderen achtet, drängt sich nicht auf, sondern setzt auf *freie Empfänglichkeit* des Adressaten, dessen Urteil sie sich damit unterwirft. Die einzelne Einrichtung muß den Blick vor allem nach außen richten, auf den "Kunden", seine Fragen und Bedürfnisse. Sonst wird Selbstverwaltung zur Beschäftigung mit sich selbst. Die selbstverwaltete Einrichtung erwartet ihre Selbsterhaltung von der eigenen Leistung, sie stellt sich ohne fremde Stütze in das soziale Leben hinein, im Vertrauen darauf, daß ihre Arbeit geschätzt werden wird.

Institution: Begegnungsort zwischen Initiative und Bedürfnis

So betrachtet ist die Institution der jeweilige Begegnungsort zwischen Initiative und Bedürfnis. Sie darf sich deshalb nicht "vereinsmeierhaft" verselbständigen, sondern muß eine wirkliche "Vermittlungsfunktion" übernehmen, Raum schaffen für die Begegnung zwischen dem Strom der Initiative und dem Gegenstrom des Interesses. Begegnung und freilassendes Gespräch sind die entscheidenden Konstitutionselemente einer modernen Gemeinschaft, die vom "kommunikativen Handeln" lebt. In einer Schule z.B. begegnet sich u.a. das pädagogische Angebot der Lehrer mit dem Interesse der Eltern. Die Eigenverantwortungsfelder beider Gruppen sind verschiedene. Niemals kann es um Anordnungen darüber gehen, was der andere zu tun hat (der Lehrer in der Schule, Vater und Mutter zu Hause). Aber es gibt einen Bedarf an Zusammenarbeit an der pädagogischen Frage, und so existiert ein gemeinsamer Beratungs- und Informationsbedarf.

R. Steiners Intentionen für die Sozialgestalt der Allgemeinen Anthroposophischen Gesellschaft

Die von Rudolf Steiner konzipierten Statuten der Allgemeinen Anthroposophischen Gesellschaft sind ein immer noch kaum richtig ausgeschöpftes Beispiel einer durch und durch modernen Gemeinschaftsform, die ganz im Sinne des Spiels zwischen freier Initiative und freier Empfänglichkeit konzipiert ist:

Der Vorstand "trägt heran" an die Mitgliedschaft, die sich auf jedem örtlichen oder sachlichen Felde zu Gruppen zusammenschließen kann. Es wird gerechnet mit Menschen, die etwas wollen, als dem "Grundstock" der Gesellschaft; das Verbindende zwischen ihnen ist keine "Lehre", kein Dogma, sondern die gemeinsame Anschauung, daß es eine Wissenschaft von der geistigen Welt gibt, daß die Pflege dieser Wissenschaft in einer Institution wie dem Goetheanum etwas Berechtigtes ist. Man schließt sich keinem "Kollektiv" an. Beschrieben wird das Zusammenkommen zwischen dem geistigen Impuls und dem seelisch-geistigen Bedürfnis danach. Aus der Begegnung dieser beiden Ströme gestaltet sich soziale Gemeinschaft. Viel zu wenige Menschen haben sich um ein Verständnis dieses Sozialimpulses bemüht. Die sozialen Konflikte, von denen die Geschichte der Anthroposophischen Gesellschaft negativ geprägt wurde, hängen mit dem Nichtbegreifen dieser Grundgeste zusammen. Die Gesellschaft, weil man ihr soziales Wesen nicht begriff, wurde immer wieder zum Objekt der Bemächtigungsversuche von Strömungen (R. Steiner spricht drastischer von "Cliquen") - und alle sozial krankhaften Tendenzen, die in der Außenwelt zu beobachten sind, reproduzierten sich so in ihrem Innern.

Formen der Selbstverwaltung

Selbstverwaltungsmodelle gibt es allenfalls im Sinne anregender Beispiele, nie im Sinne kopierbarer Muster. Die Formen der Selbstverwaltung sind diejenigen Formen, die sich die Betroffenen selber aus eigener Verantwortung geben, um aus dem eigenen Impuls heraus den ganzen Duktus der Zusammenarbeit selber zu gestalten und die vielen kleinen Fragen des täglichen Lebens einer Einrichtung zu bewältigen.

Differenzierte Mitwirkung

Bedeutet Selbstverwaltung, daß jeder über alles mitredet und bei allem mitentscheidet? - Es würde dies ja darauf hinauslaufen, daß bei jedem praktischen Schritt alle gefragt werden müßten. Die Herrschaft der Mehrheit würde die Entfaltung von Eigeninitiative blockieren. Natürlich gibt es Fragen gibt, die gemeinsam und für alle verbindlich entschieden werden müssen. Der Kreis dieser Fragen darf aber eben nicht unsachgemäß aufgebläht werden. Bewährt hat sich ein differenziertes Spektrum der Mitwirkungsformen.

Die Beratung: Mitberaten kann prinzipiell jeder, auch wenn er nicht direkt betroffen ist. Grundsätzliche Fragen sollten dabei rechtzeitig und nicht erst nach erfolgten Entscheidungen beraten werden (die Beratung würde sonst zur bloßen Kosmetik).

Legitimation: Hierhin gehört das *Delegieren*, das Abgeben von Verantwortung im definierten Rahmen. Dabei bezieht sich die Legitimation auf einen umrissenen Aufgabenkomplex. Die Art und Weise der Lösung wird eigenverantwortlich von dem- oder denjenigen bestimmt, die die Aufgabe übernommen haben. Es ist eine Unsitte, bei

Einzelritten hineinzureden und eine erneute Legitimation zu verlangen. Zur Selbstverwaltung gehört eben Vertrauen in die Kraft der Verantwortung. Durch die Delegation wird der einzelne mit Verantwortung belastet. Nun muß auch der Freiraum da sein, in dem er *Entscheidungen* treffen, als "Macher" wirken kann.

Durch die *Rechenschaftslegung* wird deutlich, wie sich ein Impuls eingelebt hat. Im gemeinsamen Anschauen eines Tätigkeitsfeldes nimmt die Gemeinschaft die Verantwortung wieder auf ihre Schultern (nicht umsonst sprechen wir z. B. von der "Entlastung" eines Vorstands).

In der "Rückkoppelung" von Einzelverantwortung und gemeinsamem Anschauen der Resultate in der Gemeinschaft entsteht *Gesamtverantwortung*. Es ergibt sich ein Pendelschlag zwischen Be- und Entlastung. Durch erneute Delegation von Verantwortung wiederholt sich der Prozeß auf höherer Stufe.

Selbstverwaltung erfordert die Ausbildung neuer sozialer Fähigkeiten

Selbstverwaltung ist ein lebenslanger Lernprozeß. Für jeden an den Selbstverwaltungsvorgängen Beteiligten stellen sich hier zwei Fragen:

1. Wie kann ich lernen, die Folgen und Wirkungen meines Tuns objektiv anzuschauen und aus dieser Anschauung den Impuls zur Vervollkommnung meiner Fähigkeiten zu schöpfen? (Letztlich führt das zur Thematik von Reinkarnation und Karma: das je Unvollkommene meiner Handlung wird zum Keim ausgleichender Aktivität über das *eine* Leben hinaus.) Hierher gehört auch das Thema der notwendigen "Professionalität" meiner Arbeit.
2. Wie kann ich lernen, im Umgang mit Kollegen und Mitarbeitern meine Subjektivität zu überwinden und nicht meine Vorstellungen zum Maßstab des Handelns anderer zu machen? "Ertragsamkeit" (R. Steiner) für den anderen ist hier gefordert, wobei es nicht um passive Duldung, sondern um aktive Toleranz geht, den Mut, zwei (oder noch mehr) beste Lösungen zu ertragen.

Finanzierung des Geisteslebens

Kultur ist nicht zum Nulltarif zu haben. "Kulturarbeiter" erfahren eine Art Freistellung von der unmittelbaren Mitwirkung an der materiellen Produktion wirtschaftlicher Werte im sozialen Organismus. Mittelbar ist ihre Arbeit an der Produktivität natürlich ganz entscheidend beteiligt, unmittelbar sind sie reine Verbraucher wirtschaftlicher Werte. Indem im Kulturbereich "Preise" und Einkommen entstehen, treten die dort erbrachten Leistungen in eine Art Vergleichbarkeit zu wirtschaftlichen Werten. Dennoch bleibt der Geldstrom in den Kulturbereich dem Wesen der Sache nach "Schenkung".

Die Kulturfinanzierung vollzieht sich heute vielfach noch nach dem Muster der Fürstentümer, deren Obrigkeit als Mäzen Kunst und Kultur fördert und die Mittel zu dieser Förderung den Taschen ihrer Untertanen entnimmt. Zwar sind aus den Untertanen Bürger geworden und an die Stelle der Fürstenherrschaft ist die demokratische Herrschaft der Mehrheit getreten. Da jedoch Kulturimpulse und -bedürfnisse der Sache nach immer individuell sind, bleibt auch die Mehrheitsherrschaft auf diesem Feld vormundschaftlich. Der Staat ist auch bei seiner Kulturförderung dem Gleichheitsgrundsatz verpflichtet, der an dieser Stelle jedoch Gleichförmigkeit erzeugt. Da nicht alles gefördert werden kann, wird doch selektiert, wodurch von Staats wegen bestimmte Personen und Rich-

tungen privilegiert werden. Letztlich läuft das immer wieder auf Zwangsschenkungen für Kunst und Kultur aus dem Steuersäckel hinaus. Die Vormundschaft des Staates durch die der sponsornden Wirtschaft zu ersetzen, ist ersichtlich auch nicht die Lösung.

Eine moderne Sozialgestaltung in diesem Bereich muß von dem freiheitlichen Grundsatz ausgehen, daß kulturelle Leistungen derjenige finanziell ermöglichen muß, der sie in Anspruch nimmt. Die Menschen brauchen keinen Vormund, der sie zum Konsum der Kulturwerte veranlaßt, die ihnen nach dessen Meinung frommen.

Freies Spiel von Initiative und Empfänglichkeit

Die Bedürfnisse der einzelnen müssen konsequent zum Lenkungsinstrument der Kulturfinanzierung werden. Was keiner will, hat eben auch keine soziale Berechtigung, sondern nur eine solche in der privaten Nische. Eine Finanzierung, die Freiheit ermöglicht, muß das freie Spiel von Initiative und Empfänglichkeit ermöglichen, welches sich als ein Konstitutionselement von Selbstverwaltung entpuppt hat. Was sozial Wirklichkeit werden kann oder nicht, darf heute nicht mehr abstrakt entschieden werden. Die konkrete Entscheidung obliegt den Adressaten: So werden tendenziell die Bedürfnisse und Willensrichtungen der einzelnen zum Lenkungsinstrument des Sozialen.

Das Interesse des Bildungswesens muß deshalb darauf gehen, die geistig-seelischen Bedürfnisse des Menschen freizulegen und anzuregen. Nicht um Finanzen muß sich das Kulturleben kümmern, sondern um die die Geldmittel bewegenden Bedürfnisse. Man darf im Geistesleben niemanden zwingen, etwas zu finanzieren, was er nicht will.

Die Verwirklichung dieser Grundsätze ist allerdings an bestimmte Voraussetzungen gebunden und bedarf auch einiger Einschränkungen.

Möglichkeiten und Grenzen von Zweckbindung

Um mit den *Einschränkungen* zu beginnen, so sind Sonderregelungen für all jene Fälle nötig, wo der unmittelbare Empfänger kultureller Leistungen selber nicht zahlungsfähig ist, wo ihm aber andererseits von der Allgemeinheit ein Recht auf den Empfang der Leistung ausdrücklich zugebilligt wird.

Dies ist z.B. der Fall beim Recht des Kindes und Jugendlichen auf Bildung in materieller Chancengleichheit. Hier ist es sinnvoll, die Eltern von Seiten der Allgemeinheit mit einem zweckgebundenen zusätzlichen Einkommensanteil auszustatten (*Erziehungseinkommen, Bildungsgutschein*), der es ihnen ermöglicht, das Recht ihres Kindes in der Schule ihrer Wahl (das wiederum ist Elternrecht!) zu realisieren.¹ Wieweit man auch das Hochschulstudium in solche Regelungen einbeziehen sollte, mag an dieser Stelle dahingestellt bleiben. Ähnlich wie bei den Schulen liegen die Dinge übrigens auch bei der Heilpädagogik und generell im Sozialwesen.

Gegenwärtig trägt der Staat in manchen Ländern zur finanziellen Bestandssicherung der "privaten" Schulen bei, allerdings sind meist zusätzliche Elternbeiträge erforderlich, so daß von einer Chancengleichheit zwischen freien und staatlichen Schulen nicht die Rede sein kann. Eine Weiterentwicklung der Bildungsfinanzierung in Richtung des Gutscheinprinzips würde den Staat in die

¹ Selbstverständlich müßten in die Höhe des Schulbeitrags die Kosten für die Lehrerbildung der betreffenden Schulen eingerechnet werden.

ihm angemessenere Rolle des neutralen Treuhänders bringen, der nur noch über die Rechtmäßigkeit des Bildungsbetriebs und die zweckentsprechende Verwendung der Mittel zu wachen hätte.

Das Modell der Zweckbindung von Einkommensanteilen ist jedoch als generelles Kulturfinanzierungsinstrument untauglich, wenn man neue vormundschaftliche Zwangsschenkungsmechanismen vermeiden will. An dieser Frage entscheidet sich, was gewollt wird: daß je mein Impuls finanziert wird oder daß Freiheit für alle Menschen Realität werden kann. Wir haben es an dieser Stelle mit Widerständen zu tun, die im Geistesleben selbst entspringen. Während es im Wirtschaftsleben eine Art Tendenz zur Anpassung an die Diktatur der Sachzwänge gibt, existiert im Geistesleben eine Tendenz der überheblichen "Selbsternennung", nach dem Motto: "Mein Impuls ist so wichtig, daß er finanziert werden muß. Defizite sind ein geistiges Plus, die anderen - wenn sie nicht als Ignoranten dastehen wollen - sind verpflichtet, sie zu decken - auch ohne vorherige Absprachen". Zwischen diesen beiden Extremen gilt es die Mitte immer wieder neu zu finden.

Generell müssen - wie gesagt - individuelle Bedürfnisse auch individuell geltend gemacht werden können. Voraussetzung freiheitlicher Kulturfinanzierung wäre dabei ein Einkommensniveau, das ein bestimmtes Maß an selbstbestimmtem Kulturkonsum ermöglicht, ferner ein kultur- und schenkungsfreundliches Steuersystem.

Infrastruktur der Kultur

Ferner sollte die Allgemeinheit in einem Umfang, der sich aus dem allgemeinen Rechtsbewußtsein ergibt, eine gewisse "Infrastruktur der Kultur"² bereitstellen. Stellt man diese Infrastruktur sicher, dann muß das Entfallen direkter staatlicher Subventionen für bestimmte Kulturinhalte eben keinen finanziellen "Kahlschlag" in der Kulturlandschaft bedeuten.

"In jeder Gesellschaft werden zwei Dinge auseinandergehalten: die Bedingungen, damit etwas geleistet werden kann, und die Leistungen selbst. Die gesellschaftlichen Lebens- und Produktionsbedingungen nennt man 'Infrastruktur'. Dazu gehören in der Regel das Ausbildungswesen, Krankenhäuser, Erholungszonen, Kultureinrichtungen, Verkehrserschließungen, Landschaftspflege usw. Diese Aufgaben werden aus öffentlichen Mitteln, d.h. also durch alle Bürger finanziert. - Was gesamtgesellschaftlich zutrifft, gilt auch für die einzelnen Teilbereiche: Auch die Kunst braucht eine öffentlich-finanzierte 'Infra-Struktur'.³ Zu finanzieren wären so Theaterbauten, Ausstellungshallen, Vortragsäle, u.U. auch allgemeine Werbungs- und Agenturtätigkeit für Kunstveranstaltungen.

Eine solche Infrastrukturförderung stärkt die Selbstverantwortung und würde die Wettbewerbsverzerrungen zwischen öffentlich und privat finanzierter Kunst beseitigen. Kunstveranstaltungen könnten sich selbst tragen und weitergehende staatliche Förderprogramme würden überflüssig. (An dieser Stelle schließen sich natürlich viele Detailfragen an, die allesamt von der Dreigliederungs-Diskussion bisher kaum aufgegriffen wurden. Die Redaktion überlegt deshalb, ob der Frage der Finanzierung des Kulturlebens nicht eine ausführlichere Darstel-

lung in einer der nächsten Nummern des Dreigliederungs-Rundbriefs gewidmet werden sollte.)

Chancen eines freien Geisteslebens in Europa - Weiterentwicklung der Gesetzgebungen

Dieses Thema behandelten unter unterschiedlichen Aspekten Stefan Leber und C. Strawe in zwei Vorträgen.⁴

Gegenwärtig gibt es immer noch mannigfaltige Behinderungen eines freien Geisteslebens, trotz der Öffnung des Jahres 1989, die für den östlichen Teil Europas erstmals die Gründung von Einrichtungen in freier Trägerschaft überhaupt möglich gemacht hat. Die Situation in den einzelnen europäischen Ländern ist unterschiedlich: Von den Niederlanden, wo der Staat freie Schulen zu 100% finanziert und 80-90% der Schulen sich in freier Trägerschaft befinden (mit Einschränkungen freilich bei der Freiheit der Lehrplangestaltung) reicht das Spektrum bis zu Ländern, wo diese Schulen keine Mittel erhalten und eine Randexistenz führen müssen. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland gewährleistet immerhin das Recht zur Errichtung von "privaten" Schulen, die es allerdings nur als Ersatz für staatliche Einrichtungen anerkennt. Das Finanzhilfegericht des Bundesverfassungsgerichts von 1987 hält ausdrücklich fest, daß der Staat den Bestand der Privatschulen auch in finanzieller Hinsicht sicherzustellen habe.

In Europa und weltweit gibt es durchaus bereits Ansätze in der Rechtsgestaltung, die in die richtige Richtung weisen. Zu nennen sind beispielsweise entsprechende KSZE-Dokumente, die Entschließung des europäischen Parlaments vom 14. 3. 1984, der Elternrechtsartikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (1948) und der "Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte" (1966), der das Recht eines jeden auf Bildung und auf die Freiheit, Schulen zu eröffnen und zu leiten, beinhaltet. In der Realisierung dieser Grundsätze in der Praxis bestehen aber Defizite. Daher ist es erforderlich, die Rechtswirklichkeit an die genannten Grundsätze anzupassen bzw. die bestehenden Gesetzgebungen in dieser Richtung weiterzuentwickeln. Dabei geht es um die volle Autonomie der selbstverwalteten Einrichtungen und um die konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips im Sinne einer Umkehrung des Verhältnisses von Regel- und Ersatzeinrichtung: Nur da, wo sich nicht von unten Einrichtungen in freier Trägerschaft bilden (die als solche nicht Privatsache sind, sondern öffentliche Aufgaben wahrnehmen!), unterhält der Staat ersatzweise solche Einrichtungen - und gewährt innerhalb derselben den Lehrenden größtmögliche Freiheit. Der Staat verzichtet darauf, inhaltlich regelnd in das Geistesleben einzugreifen, seine - notwendige - Rechtsaufsicht bezieht sich nur auf den Schutz vor Intoleranz und Rechtsverletzungen.

Die Schaffung dieser notwendigen rechtlichen Voraussetzungen und eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation werden nur durch gemeinsame Bemühungen der verschiedenen Einrichtungen in freier Trägerschaft erreicht werden können. Daher sind Initiativen für einen stärkeren Zusammenschluß dieser Einrichtungen wie das Europäische Forum für Freiheit im Bildungswesen von

² Udo Hermannstorfer: Kultur ohne Staat? - Staat ohne Kultur? Ein Beitrag in Thesen zur Finanzierung von Kultur und Kunst in der CSFR. Manuskript 1991.

³ A.a.O., These 10.

⁴ Dabei leitete Leber seinen Vortrag durch eine material- und facettenreiche Darstellung zur historischen Entwicklung des Geisteslebens ein, die hier aus Platzgründen ganz ausgespart werden mußte.

großer Bedeutung als erster Ansatz für ein auch politisch wirksames Sich-Hineinstellen in das gesamte gesellschaftliche Umfeld. Die Einrichtungen in freier Trägerschaft bilden zahlenmäßig keine "Macht", aber sie können als homöopathische Arznei im sozialen Organismus wirken. Im gemeinsamen Bemühen um die Sicherung der eigenen Lebensbedingungen wächst die Kraft der Selbstregulierung immer weiterer Problemkreise dieses Bereichs. Die skizzierte gesamteuropäische Zusammenarbeit ist eine dringende Notwendigkeit für die weitere Entfaltung des freien Schulwesens. Sind doch die Tendenzen zur Bevormundung des Kulturbereichs keineswegs gebrochen! Man kann eher vom Gegenteil sprechen: Der frische Wind des Umbruchs ist abgeflaut. Die vielfältigen ökonomischen und psychologischen Probleme in den Umbruchländern - verbunden mit starkem Anpassungsdruck aus dem Westen - haben die Kraft zur sozialen Neugestaltung zurückgedrängt.

Selbstverwaltung im Makrosozialen, Kulturrat

An dieser Stelle wird deutlich, daß die Selbstverwaltung nie selbstbezüglich auf die eigene Einrichtung fixiert sein darf. Vielmehr gilt es, über den Tellerrand hinauszublicken, die großen Zusammenhänge ins Auge zu fassen und den Dialog mit anderen Einrichtungen, mit Politik und kritischer Öffentlichkeit zu pflegen. Selbstverwaltung tendiert von der Sache her zur Entwicklung übergreifender Strukturen (z.B. der Schulen oder Bühnen einer ganzen Region). In der Auseinandersetzung mit staatlichen Reglementierungen muß Geistesleben in seine Gesamtverantwortung hineinwachsen. Die Organe, die das befreite Geistesleben zur Wahrnehmung gemeinsamer Ordnungsfunktionen nach innen und nach außen braucht, können nur von unten wachsen. In ihnen würden "Korporationen" (Verbände) auf vertraglicher Basis zusammenarbeiten (im Jahre 1919 wurde der Versuch gemacht, so etwas in Form eines "Kulturrats" zu institutionalisieren). Dabei müssen Majorisierungen durch Großkorporationen ausgeschlossen sein: Selbstverwaltung ist unvereinbar mit Bürokratie und Zentralismus. Zu den Aufgaben von Kulturräten würde es gehören, den Empfängern kultureller Leistungen das differenzierte Angebot durch gemeinsame Informationsarbeit transparent zu machen. Maßnahmen freiwilliger Selbstkontrolle könnten im Sinne der Sicherstellung von Professionalität wirken. Auch bei der Bestimmung der Höhe und der Verwaltung der Mittel, die für Bildungs-Gutscheine und die Förderung der Infrastruktur der Kultur zur Verfügung stehen, könnte ein Kulturrat entscheidend mitwirken.

Freier Wettbewerb und geistige "Identität"

Selbstverwaltung führt zu Vielfalt ("Mischwald statt Monokultur"). Das bedeutet nicht Vermischung aller Farben (was bekanntlich nur grau ergibt), sondern Ausprägen aller farblichen Nuancen, klare Darstellung von Identitäten. Freies Geistesleben heißt geistiger Wettbewerb, der durchaus kämpferisch sein mag. Nur daß dieser Kampf mit keinen anderen als mit geistigen Waffen ausgetragen wird, in völliger Chancengleichheit. Eine spirituelle Anschauung der Welt wird gerade in einer solchen Auseinandersetzung ihre Fruchtbarkeit lebendig unter Beweis stellen können. Der Widerstand gegen die Selbstverwaltung ist oft nichts anderes als die kaschierte Angst vor diesem geistigen Wettbewerb.

Wir befinden uns in einer paradoxen Situation in bezug auf die Befreiung des Geisteslebens. Noch nie gab es mehr Chancen als jetzt, nach dem großen europäischen

Umbruch. Noch nie aber gab es auch stärkere Gegen Tendenzen der Vergangenheitskräfte. Das hängt mit der widersprüchlichen Situation vieler Zeitgenossen im Hinblick auf ihre eigene Befreiung zusammen: Freiheit ohne Verantwortung ist beliebt. Freiheit in Verantwortung steht erst am Anfang. Die Neuzeit - so betrachtet - beginnt erst.

"Das Erziehungs- und Unterrichtswesen, aus dem ja doch alles geistige Leben herauswächst, muß in die Verwaltung derer gestellt werden, die erziehen und unterrichten. In diese Verwaltung soll nichts hineinreden oder hineinregieren, was im Staate oder in der Wirtschaft tätig ist. Jeder Unterrichtende hat für das Unterrichten nur so viel Zeit aufzuwenden, daß er auch noch ein Verwaltender auf seinem Gebiete sein kann. Er wird dadurch die Verwaltung so besorgen, wie er die Erziehung und den Unterricht selbst besorgt. Niemand gibt Vorschriften, der nicht gleichzeitig selbst im lebendigen Unterrichten und Erziehen drinnen steht. Kein Parlament, keine Persönlichkeit, die vielleicht einmal unterrichtet hat, aber dies nicht mehr selbst tut, sprechen mit. Was im Unterricht ganz unmittelbar erfahren wird, das fließt auch in die Verwaltung ein. Es ist naturgemäß, daß innerhalb einer solchen Einrichtung Sachlichkeit und Fachtätigkeit in dem höchsten Maße wirken." (R. Steiner, Die Kempunkte der sozialen Frage)

Beispiele der Selbstverwaltungspraxis

Bei dem nachmittäglichen Forum zu diesem Thema kamen sehr unterschiedliche Einrichtungen - von der Universität Witten/Herdecke bis zur "taz" - zu Wort. Im folgenden Ausschnitte.

Universität Witten-Herdecke

Die aus dem Gemeinschaftskrankenhaus Herdecke hervorgegangene Universität Witten-Herdecke, über die Konrad Schily berichtete, ist nach wie vor in der Bundesrepublik die einzige "private" Universität (Uni in freier Trägerschaft). Ein Krankenhaus in freier Trägerschaft zu finanzieren, ist schon ein Kunststück - aber hier gibt es doch wenigstens einen bei den Krankenkassen abrechenbaren Bettenbestand. Eine Universitätsgründung - die 1982 nach langjähriger Vorbereitung erfolgte - ist ein Trapezakt in der Zirkuskuppel ohne Netz. Er ist gelungen: Heute gibt es vier Fakultäten (begonnen wurde mit der Medizin), ca. 500 Studenten und einen Jahresetat von 25 Mio. 8 Mio davon verdient die Uni selbst, durch Consulting, Einnahmen aus der Zahnmedizin u.a. Die Einrichtung versteht sich als kritische Universität. In diesem Rahmen hat die Anthroposophie ihren Platz, ohne zu dominieren.

Begonnen hat man mit einem gemeinnützigen Verein als Träger. Heute beurteilt der Spiritus rector K. Schily die Vereinsform eher negativ. Sie scheint ihm eine klare Definition von Verantwortung und Entscheidungskompetenzen eher zu erschweren. Wenn man in eine Waldorfschule komme, so Schily, habe man es immer mit einer kollegialen Führung zu tun, aber man sei gut beraten, sich erst zu erkundigen, wer das Sagen habe. Informelle Autorität ist häufig ungreifbar, ihre Träger neigen dazu, sich hinter Gremienbeschlüssen zu verstecken.

Schily berichtete, wie man in Witten-Herdecke den Führungsverstand in der Industrie gesucht habe und auf die Struktur der GmbH verfallen sei. Diese lasse Gremien *und* Einzelverantwortung zu. Dem Direktorium, das viermal jährlich tagt, gehören sechs führungserfahrene Personen aus der Wirtschaft an (darunter Oetker, Gouedevert, Beitz und Mohn).

Man praktiziert an der Uni Witten-Herdecke ein System "konkurrierender Verantwortung" - wobei es sowohl um die Einzelverantwortung als auch um die gemeinsame Verantwortung von Gruppen im Selbstverwaltungsprozeß geht. Das beinhaltet Rechte *und* Pflichten. So hat jeder Professor Budgetfreiheit, muß sich aber auf der anderen Seite auch beurteilen lassen, - ohne den Schutz des Lebenszeit-Beamtenstatus. Freiheit bedeute auch, scheitern zu können oder zu dürfen, anders als im staatlichen Universitätswesen, in dem das Prinzip Verantwortung nicht greife. Daß dies mit einem Machtproblem verbunden sein kann, solange es nicht eine größere Zahl konkurrierender Universitäten in freier Trägerschaft gibt, sei am Rande vermerkt.

Auch Schily sprach das Problem der Professionalität bzw. Nichtprofessionalität in selbstverwalteten Institutionen an, das während der gesamten Arbeitswoche eine wesentliche Rolle spielte. Wie kann man z.B. verhindern, daß jemand eine minderwertige handgestrickte Psychologie als anthroposophisch-therapeutischen Ansatz verkauft? Wie verhindert man die Duldung inkompetenter Mitarbeiter aus einem falsch verstandenen sozialen Im-

puls oder gar aus Konfliktscheu heraus? Es mache durchaus Sinn, bei der Aufnahme eine strenge Selektion vorzunehmen. So könne man Studenten durchaus abverlangen, sich in einem Aufsatz zu der Frage zu äußern: "Wie wird mein Studium in vier Jahren gewesen sein?" Besonderes Gewicht sei auf Praxishnähe und Erfahrung zu legen. Es gehe nicht an, daß ein Medizinstudent im 10. Semester noch nicht mit dem Stetoskop umgehen könne (bei einem Test mit Staatsuniversitäts-Studenten hatte sich dieses niederschmetternde Ergebnis gezeigt). Es gehe auch nicht an, daß Seilschaften und Gefälligkeitsgutachten bei der Vergabe von Forschungsmitteln eine zentrale Rolle spielten.

Eine wichtige Form gemeinsamer interdisziplinärer geistiger Arbeit besteht in Witten-Herdecke in der Erörterung allgemeiner wissenschaftlicher Themen, z.B. der Frage "Was ist eine wissenschaftliche Tatsache?"

Sehr wichtig ist die Information: Verantwortung könne man nicht tragen, ohne Fakten zu kennen. Das gilt vor allem für die wirtschaftliche Entwicklung als Spiegel des Zustands einer Organisation.

So verstandene Selbstverwaltung verträgt sich durchaus mit deutlicher Führung, die allerdings horizontal ansetzt und am Konsensprinzip orientiert ist. Ein modernes Management dieser Art könne man in vielen Bereichen der Wirtschaft studieren. Die Wirtschaft verstehe von Freiheit mehr als der Staat. Denn im Wirtschaftsleben erforderten die sachlichen Gegebenheiten ständige Innovationsbereitschaft. Innovation gibt es aber nur, wo Fähigkeiten geschützt und gefördert werden. Nicht umsonst streben viele gestaltungsfähige Menschen heute in die Wirtschaft. Insofern könne man heute in "Selbstverwaltungsdingen" vieles von der Wirtschaft lernen.

Troxler-Haus Wuppertal

Über die Arbeit des Troxler-Hauses berichteten J.P. van Aalst und Johannes Schmalor. Bereiche des Troxler-Hauses: Schule für seelenpflegebedürftige Kinder, Sozialtherapeutische Werkstätten, Wohnsiedlung, biologisch-dynamische Landwirtschaft. In den Werkstätten (anerkannte Werkstatt für Behinderte als Tageseinrichtung) werden 300 erwachsene seelenpflegebedürftige Menschen bei ihrer Arbeit betreut. Es gibt viele handwerkliche und künstlerisch-therapeutische Aktivitäten. Die Werkstätten sind seit 1986 als GmbH verselbständigt. Gesellschafter ist der Troxler-Haus-Wuppertal e.V. Die Letztentscheidung in allen Fragen trifft die Konferenz. Ihre wöchentlichen Sitzungen werden von einem Geschäftsführungskreis vorbereitet. Arbeitskreise, die einzelne Fragen bearbeiten, speisen ihre Anliegen in die Konferenz ein, der zeitweise alle Mitarbeiter angehören. (Heute stellt man dem einzelnen Mitarbeiter frei, ob er die Verantwortung im Rahmen der Konferenz mittragen will.) Die soziale Dreigliederung als Gestaltungsimpuls ist in der Konferenz verankert. Natürlich tritt bei einem so großen Kollegium (durchschnittlich 60 angestellte Mitarbeiter) die Frage nach der Einzelverantwortlichkeit auf. Im Gespräch wurde die Frage gestellt, ob es nicht sinnvoller sei, durch Delegation einzelne und Gruppen mit Entscheidungskompetenz in Einzelfragen auszustatten, wodurch die Konferenz insoweit mehr zum Informationsforum werden könnte.

Die Vertreter des Troxler-Hauses berichteten, daß in ihrem Bereich der Staat an einem Wachstum von Institu-

tionen in freier Trägerschaft interessiert sei, eine Kontrolle finde kaum statt (Pauschalfinanzierung) - abgesehen davon, daß natürlich die Buchführung ordnungsgemäß sein müsse. Die Mitarbeiter beziehen ein "normales" Gehalt, wie in vergleichbaren staatlichen Institutionen üblich, wobei die unteren und oberen Spitzen abgeschnitten sind (drei BAT-Gehaltsgruppen). Problematisch ist die Finanzierung von Stellen im künstlerisch-therapeutischen Bereich. Das Wachstum der Zahl der Betreuten macht erforderlich, daß die Formen der Selbstverwaltung mitwachsen, daß insbesondere der Umgang der Mitarbeiter untereinander mehr entwickelt wird.

Waldorfschule Basel

Von der Waldorfschule Basel berichtete der Oberstufenlehrer Christian Ammon. Die Baseler Schule wurde nach dem sog. "Baseler Lehrerkurs" auf persönliche Initiative R. Steiners begründet, der zeitweilig auch Präsident war. Bei der Schulgründung dominierten die Lehrer. Der Schulverein verstand sich als Unterstützungsorgan für die an der Schule tätigen Lehrer. Ab 1953 trat ein Wandel ein, neue Statuten wurden beschlossen. Alle wirtschaftlichen und rechtlichen Belange wurden dem Schulverein übertragen. C. Ammon sah darin ein Abweichen vom Gedanken der Selbstverwaltung durch die Unterrichtenden, die zu bloßen Angestellten gemacht worden seien. 1976 wurden neue Statuten entwickelt, mit denen bewußt an den Ursprüngen der Schule angeknüpft wurde. Der Verein wurde nun wieder als unterstützendes Organ betrachtet, blieb aber immer noch der rechtliche Träger. Im letzten Jahr gab es erneut eine "Verfassungsreform". Dabei wurde versucht, der Sache die richtige rechtliche Form zu geben und Doppelpurigkeit eines Dualismus zwischen Verein und Lehrerkollegium zu vermeiden. Seit der Gründung hatte der Schulverein nur wenige ordentliche Mitglieder, überwiegend aus dem Elternkreis. Die anderen Eltern sind auch in der neuen Form nur fördernde Mitglieder. Mit der neuen Form sind nun alle Lehrer ebenfalls ordentliche Mitglieder. Damit liegt die Verantwortung für die Schule mit großer Mehrheit bei den Lehrern.

Wesentliche verantwortliche Organe sind die relativ selbständig operierenden Kommissionen:

1. Finanzkommission, 2. Baukommission, 3. Aufnahmekommission, 4. Konferenzleitung, 5. Personalkommission, 6. Gehaltskommission, 7. Elternbeitragskommission.

4,5 und 6 sind alleinige Domäne der Lehrer, 1, 2 und 3 sind das gemeinsame Feld von Eltern und Lehrern, in 7 kooperieren Eltern. Die Finanzierung ist ein wichtiges Feld der Elternselbstverwaltung, wobei die Schule ohne staatliche Zuschüsse leben muß. Nach einigem Experimentieren (völlig freies Schulgeld) hat man jetzt Richtwerte erarbeitet, nach denen die Eltern sich - abhängig vom jeweiligen Einkommen - selber einstufen.

Die Kommissionen bringen selbständig Dinge in die Konferenz, mit denen sie allein nicht fertig werden. Sie kooperieren ihre Mitglieder, die Konferenz bestätigt die Kooptation. Die Kommissionen bereiten die entsprechenden Tagesordnungspunkte der Konferenz vor.

Dieser Weg begünstigt Professionalität und Kompetenz, den Gefahren der Zersplitterung und Expertokratie begegnet man durch bewußtes Umgehen mit der neuen Form.

Ein Problem bleibt, daß die Eltern immer noch zu wenig einbezogen sind (es handelt sich um eine "Lehrerschule, die es schwer hat, zu einer Elternschule zu werden"). Ein erster Schritt zur Verbesserung ist die Einrichtung einer Konsultativversammlung.

Zur Entwicklung der Selbstverwaltungsformen der Waldorfbewegung

Hierzu sprach Stefan Leber. Die erste, die Stuttgarter Waldorfschule, entstand bekanntlich 1919 auf Initiative E. Molts, der R. Steiner bat, die Leitung zu übernehmen. Die Schule, in der hohen Zeit der Dreigliederungsbewegung begründet, war von vornherein als selbstverwaltete konzipiert, wobei Selbstverwaltung verstanden wurde als die Identität von Verwalteten und Verwaltenden.

Die Genehmigung durch die württembergische Kulturbürokratie erfolgte aufgrund eines Gesetzes von 1836. Man stieß gewissermaßen in eine rechtliche Lücke.

Molt "regierte" zunächst als Alleinunternehmer, stellte die Lehrer an und bezahlte sie aus der Firmenkasse der Waldorf-Astoria-Zigarettenfabrik. 1920 wurde dann ein Verein "Waldorfschule Stuttgart e.V." gegründet. Die Schule war damals der Verein. Im Jahre 1923 wurde der Stuttgarter Verein so strukturiert, daß Eltern und Lehrer ordentliche Mitglieder wurden.

St. Leber griff bei der Darstellung der Sozialorganik der Schule auf N. Luhmanns These zurück, daß jede Organisation zum Überleben der Abgrenzung nach außen bedarf. In dieser Rolle eines Organs der Gestaltung der Außenbeziehungen sah St. Leber den Schulverein. Obwohl es inzwischen auch andere rechtliche Lösungen für die Frage der Schulträgerschaft gibt (z.B. die Genossenschaft), ist der Verein nach wie vor die in Deutschland am meisten favorisierte Form. Bietet doch das deutsche Vereinsrecht mit der Form des Idealvereins eine Vielfalt von Gestaltungsmöglichkeiten. Vorgegeben ist durch das BGB eigentlich nur die zentrale Rolle der Mitgliederversammlung und die Existenz eines Vorstandes. Ansonsten ist alles möglich: Ob alle Eltern oder nur die Lehrer oder einige Eltern und Lehrer Mitglied sind, ist ebenso offen wie die Frage, ob es sich um einen Träger- oder Förderverein handelt. Sogar die Existenz mehrerer Vereine ist denkbar. Hinzu kommen die steuerlichen Vorteile des Gemeinnützigkeitsrechts.

Sehr wichtig sei die Einbeziehung der Eltern in die Selbstverwaltungsprozesse (durch eine Eltern-Lehrer-Konferenz o.ä.).

Zu den Formen der Selbstverwaltung sagte R. Steiner seinerzeit, die Schule werde keinen Direktor haben, und forderte das Kollegium auf, in den Konferenzen (heute meist die pädagogische, technische und die Verwaltungskonferenz), "republikanisch-demokratische" Unterredungen zu pflegen.

Über das Verhältnis des Republikanischen und Demokratischen gibt es bis heute eine Diskussion, die trotz der bei R. Steiner wohl nicht von ungefähr hergestellten Verbindung beider Pole zwischen den Extremen "republikanisch, nicht demokratisch" und "demokratisch, nicht republikanisch" schwankt.

Selbstverwaltung vollzieht sich nicht konfliktfrei. Leber erinnerte daran, daß der Mensch der Bewußtseinsseele ein konstitutioneller Einsiedler sei, der mühsam seine Sozialfähigkeiten entwickeln müsse. Insofern antizipierten die Waldorfschulen, gerade wegen des Fehlens einer

mechanisch funktionierenden Bürokratie, gewissermaßen alle Nöte einer künftigen, ganz auf die Individualkraft der Bewußtseinsseele abgestützten Kultur. Typische Konflikte dieser Art gab es schon zu Steiners Zeiten. Einer dieser Konflikte führte damals auf Steiners Initiative hin zur Einsetzung eines kleineren Kollegiums (Verwaltungsrat). Es gibt eine Reihe typischer Probleme zwischen den an den Selbstverwaltungsprozessen beteiligten Gruppierungen, die zugleich häufig auch als Organkonflikte in Erscheinung treten (zwischen Vorstand und Mitgliederversammlung, Kollegium und Vorstand, Kollegium und Eltern-Lehrer-Konferenz usw.)

Man muß sich bewußt sein, daß es in der Selbstverwaltung nur Lösungen auf Zeit gibt und daß alle Formen immer wieder neu angeschaut werden müssen. Leber plädierte dafür, das Kollegium nicht mit Verwaltungsaufgaben zu überlasten und sah insoweit in der Funktion eines Geschäftsführers ein Erfordernis der Professionalisierung.

Marie-Steiner-Akademie Hamburg für redende und musische Künste

Die aus dem Zusammenschluß der Eurythmiebühne und der Orchesterakademie Hamburg hervorgegangene Einrichtung wurde durch Holger Lampson und Stephan Cramer vorgestellt. Sie berichteten, wie die Formen sich in der "Pionierphase" spontan ergaben (1977 hatte Carina Schmid mit der Eurythmiearbeit, 1979 hatten Elmar und Holger Lampson mit der musikalischen Arbeit begonnen). Der Aktivitätsradius ist heute groß: Arbeit der Eurythmieschule (mit 12 Mitarbeitern), die Bühnenarbeit (mit 2 großen Tournéeen im Jahr). Dazu kommt die Tätigkeit der Orchesterakademie, einem "Ad-hoc-Sinfonieorchester", das sich fünfmal im Jahr zur gemeinsamen Arbeit zusammenfindet (insgesamt beteiligt 300-400 Musiker) und - teilweise im engen Kontakt zu bedeutenden Komponisten - besonders die zeitgenössische Musik pflegt. An die Orchesterakademie schließt sich ein Musikseminar an (16 Studenten im Grundjahr und 11 im Aufbaustudium). Die Marie-Steiner-Akademie als ganze arbeitet an der Verbindung der einzelnen Elemente der Kunst und macht die Verbindung von Esoterik und Wirken in der Öffentlichkeit zu ihrem Ideal.

Man kann durchaus sagen, daß die Akademie in Hamburg zu einem Kulturfaktor geworden ist. Die Präsenz in der städtischen Kulturlandschaft will man noch verstärken (das schließt den ständigen Kontakt mit der Kulturbehörde, das Bemühen um Bafög-Anerkennung, kurz um einen "normalen" Status in jeder Beziehung ein).

Auch den Kontakt zu "Arbeitgebern" von Eurythmisten und Eurythmisten, Vernetzungsarbeit der Eurythmieeinrichtungen untereinander und die Verbindung mit assoziativen Bestrebungen in der Wirtschaft (so ist die Akademie dem "Verbund freie Unternehmensinitiativen" angeschlossen) hält man für wichtig. Schon, weil die Konkurrenzsituation in der Eurythmie ungute Formen eines Verdrängungswettbewerbs anzunehmen droht oder bereits angenommen hat.

Seit 1987/88 wird an Satzungsfragen gearbeitet. Dabei wurde die Selbständigkeit zum Leitbild, das in der Satzung zum Ausdruck gebracht werden sollte. Die Vereinsform mit der formellen Unterstellung der Tätigen unter einen Vorstand schien den Beteiligten hierzu ein Widerspruch. Man wollte nicht mehr "Angestellter" sein. So

entstand der Entschluß: Die eigentlich Tätigen, soweit sie dies wollen, schließen sich als "Unternehmer" in einer GbR zusammen, die einem gemeinnützigen Eurythmieschulverein (dessen Vorstand aus anderen Menschen bestehen muß) als freier Vertragspartner gegenübersteht; vertraglich geregelt wird insbesondere das Jahresbudget.

Die Vervielfältigung der Aktivitäten hat naturgemäß auch eine zersplitternde Seite. So entstand der Impuls zu einer bewußteren Synthese, die sich in der Zusammenfassung unter einem gemeinsamen Namen ausdrücken soll. Der erste Anstoß zur Besinnung auf die Sozialprozesse waren die Probleme des Miteinander, die Mißverständnisse und anderes mehr: an ihnen entzündete sich die Frage nach den Rechtsformen, die das Miteinander regeln können.

Jahrelang war der Umgang mit der Information ein ganz unsystematischer. Allmählich lernte man, daß Selbstverwaltung gerade ein bewußtes Umgehen mit der Information erfordert. Nur so entstehen "Vertrauensstrukturen". (Die Gegenbilder der Information sind bekanntlich "Gerücht" und "Tratsch".)

Die zweite existentielle Frage war die wirtschaftliche: sollen vier selbständige Wirtschaftsgebilde bestehen? Wie wollen wir eigentlich wirtschaften? Dabei war eine gewisse Berührungsangst zu überwinden, die gerade der Künstler, der sich mehr im Geistigen zu Hause fühlt, gegenüber der als unheimlich erlebten Realität des Wirtschaftlichen empfinden kann. Inzwischen hat man eingesehen, daß die Ökonomie zur Selbstverwaltung einfach dazugehört. Insgesamt steuert man auf eine Struktur zu, die Einzelinitiative und Verantwortung (die z.B. an Arbeitskreise delegiert wird) mit gemeinsamem Anschauen der Lebensfragen der Einrichtung in Gesamt- und Bereichskonferenzen harmonisch verbindet.

Der Finanzkreis beispielsweise wird paritätisch aus den Bereichen besetzt. Etatplanung bedeutet, wach zu sein für die eigene Lebenssituation. Sind die Honorare einerseits so kalkuliert, daß sie die Lebenskosten decken (das Honorarniveau ist immer noch relativ niedrig), sind sie andererseits auch bezahlbar? Welche Sachkosten sind zu erwarten? Man rechnet derzeit mit 600.000,- bis 700.000,- DM Einnahmen/J., der Rest des 1,5 Mio-Gesamtetats muß durch Spenden, Sponsoring (beides ist deutlich zu unterscheiden) und staatliche Zuschüsse aufgebracht werden. Insgesamt gibt es gegenwärtig 40 Mitarbeiter, wobei Teilzeit-Mitarbeiter einbezogen sind.

Die Entwicklung der "taz"/Berlin

Der Bericht Thomas Schmidts von der Redaktion der "taz" wurde mit besonderem Interesse aufgenommen. Erweiterte doch gerade die Darstellung einer nichtanthroposophischen Einrichtung das Blickfeld, wobei zum Erstaunen vieler Probleme sichtbar wurden, die man aus den eigenen Zusammenhängen kennt.

Die täglich erscheinende Zeitung mit einer Auflage von derzeit ca. 70.000 Exemplaren und einem großen Mitarbeiterstab ist hervorgegangen aus der Protestbewegung der 68er Generation. Nach dem Scheitern der Hoffnungen auf eine "Revolution" setzten viele Vertreter dieser Bewegung auf das Konzept, "in den Nischen" Alternativen zu verwirklichen. Zum Netzwerk der damals begründeten Alternativbetriebe gehört auch die "taz". In dem von der Redaktion bis zum Putzdiener (Kollektiv "Roter Besen") selbstverwalteten Betrieb hatte man zunächst ein

durch marxistische und utopistische Vorstellungen gefärbtes Verhältnis zur Selbstverwaltung. Man wollte Herrschaftsfreiheit und eine alternative Produktionsweise im kleinen verwirklichen, die "alte Arbeitsteilung" (Marx) möglichst gänzlich überwinden, wollte gleichen Lohn für alle. Die Entscheidungsstrukturen waren zunächst reintypisch basisdemokratisch (in endlosen Plenen - häufig mit wechselnder Besetzung - debattieren alle über alles mit). Ein Selbstverwaltungs-Essential war die Identität von Eigentümern und Beschäftigten.

Gleicher Lohn, das bedeutete am Anfang 800,- DM netto. Inzwischen ist man bei 1.600,- DM angelangt. Noch ist man weit entfernt vom Tariflohn, träumt erst einmal von einem vertretbaren Minimallohn. Allerdings hat man von Anfang an überdurchschnittlich hohe Kinderzuschläge bezahlt.

Eine fast familiäre Atmosphäre bot eine gewisse Kompensation für die materielle Misere der Selbstausbeutung, wirkte allerdings nicht immer unbedingt leistungsfördernd.

Bald machte man die auch in anderen Selbstverwaltungszusammenhängen bekannte Erfahrung, daß sich hinter den formell basisdemokratischen Strukturen informelle - und gerade deshalb unkontrollierbare - Hierarchien breit machten. Die "Basisdemokratie" wurde zum Härte- und Verletzungs-Training, Verletzungen blieben nicht aus, der Debattemarathon führte zu Reibungsverlusten, Frustrationen und Patt-Situationen.

Interessant, daß die Veränderung durch das Umfeld induziert wurde. "Wir haben den Markt erst regiert", so Thomas Schmidt, "dann hat er uns eingeholt". So wird die "Professionalisierung" unter den durch die Hauptstadt-situation schwieriger gewordenen Bedingungen des regionalen Berliner Marktes, in den zahlreiche Kapitale hineindrängen, zur Überlebensfrage. "Normale" Zeitschriften decken ca. 65% ihrer Kosten durch Anzeigen, die "taz" zur 15%. Das ermöglicht Unabhängigkeit, führt aber auch zu komplizierten unternehmerischen Aufgaben.

Schon seit längerem war klar, daß es ohne klare Verantwortlichkeiten (Funktionen) nicht geht und daß ein gewisses Maß an Arbeitsteilung unverzichtbar ist. Das alte Muster ("auch der Handarbeiter hat publizistische Einfälle, jeder macht im Prinzip alles") wurde auch durch die Technik überholt, die dazu führte, daß das Layout nur noch von Spezialisten erstellt werden konnte. Natürlich ging dies alles nicht ohne lange "Strukturdebatten" ab.

Als man dazu überging, klare Funktionen zu definieren (schließlich wurde auch der Posten eines Chefredakteurs geschaffen), die man durch Wahl besetzte, machte man die Erfahrung, daß sich niemand - auch nicht die "informellen Funktionäre" - zur Wahl drängte. Daß informelle Kompetenz attraktiver ist, weil sie die Frage der Verantwortlichkeit je nach Opportunität beantwortbar macht, ist ja ein Phänomen, das auch aus Einrichtungen des anthroposophischen Umfeldes bestens bekannt ist.

Heute hat man das aus einer gewissen Ideologie von Selbstverwirklichung und Ablehnung von Leistungsorientierung heraus entwickelte Ideal der Einheitslöhne preisgegeben. Die Bereitschaft zur Einkommensdifferenzierung ist gewachsen, nachdem die Konkurrenz - von "Spiegel" bis "Zeit" - eine ganze Reihe hochqualifizierter Mitarbeiter "abgeworben" hat. Faktisch war dieses Prinzip bereits durch Einkommen aus ZweitJobs durchlöchert, die manche Mitarbeiter notgedrungen angenommen hatten. Jetzt werden neue Arbeitsverträge ausgearbeitet, bei

denen das Einkommensniveau Faktoren wie Dauer der Betriebszugehörigkeit, Berufserfahrung und -qualifikation sowie individuelle Fähigkeitsniveaus miteinbezieht.

Thomas Schmidt sah darin noch keine Abkehr vom Selbstverwaltungsgedanken. Sehr wohl sah er allerdings, daß nach der Klippe des schlechten Utopismus nun die andere Klippe der pragmatisch-technokratischen Anpassung zur Gefahr wird. Daß die Zeitungsmacher selber neue Mitarbeiter einstellen (und einstufen), gehört zu den Essentials der Selbstverwaltung, die nicht preisgegeben werden dürfen.

Mit dem drohenden Bankrott konfrontiert, entschloß sich die "taz"-Mannschaft zu einer gründlichen Umgestaltung. Bisher hatte ein Verein die Zeitung getragen, innerhalb dieses Vereins waren die Entscheidungen gefallen. Jetzt standen zwei Modelle zur Debatte: die Gründung einer GmbH und die Bildung einer Genossenschaft (beides erforderte die Trennung von Verlag und Redaktion). Bei Variante A überwogen die Bedenken, daß einige Großkapitale die Zeitschrift einer kommerziell motivierten Fremdbestimmung unterwerfen könnten. Man entschied sich schließlich für das Genossenschaftsmodell, das mit seinem gleichen Stimmrecht der Genossen unabhängig von der Höhe des Genossenschaftsanteils als das selbstverwaltungsfreundlichere erschien. Es kamen denn auch bereits nach den ersten 3 Wochen 2,1 Mio DM von ca. 1000 Anlegern zusammen, angepeilt ist eine Zahl von ca. 3000 Genossen. So scheint die Unabhängigkeit und das Überleben der Zeitung erst einmal gesichert. Schmidts Plädoyer für Bewußtsein in der Selbstverwaltung, ohne ideologische Verblendung, wurde mit großer Sympathie und Respekt vor der Art aufgenommen, wie hier ein selbstverwaltetes Projekt unter großen persönlichen Opfern über Jahre durchgetragen werden konnte.

Forum Kreuzberg - Berlin Leben, lernen und arbeiten in einem selbstverwalteten Projekt¹

- Karl-Heinz Finke

Das Forum Kreuzberg entstand aus der Idee, eine selbstverwaltete, unabhängige Kultureinrichtung zu schaffen. In der "kleinen Gesellschaft" des Forums sollten, durch bewußte Vielzahl der Einrichtungen ermöglicht, Partiallösungen zur Dreigliederung des sozialen Organismus gesucht werden. Damit war die Hoffnung verbunden, neben der theoretischen Außenwirkung durch Kurse und Veranstaltungen, auch durch die "Propaganda der Tat" des Modells in die "große Gesellschaft" zu wirken.

Als eine Voraussetzung für unsere Arbeit sehen wir die Entfaltung eines selbstbewußten, unabhängigen Kulturlebens in Schule, Kunst und Wissenschaft, sowie ein solidarisches Wirtschaften, das ebenfalls autonom ist, und beides verbunden durch eine demokratische Gesetzgebung, die einen Interessenausgleich schafft.

1973 wurde das Forum Kreuzberg als freie Kulturinitiative gegründet, die zunächst als "Volkshochschule" ohne staatliche Mittel und Bevormundung ihre Arbeit begann. Die materielle Grundlage dazu bildete der Kauf eines Wohn- und Fabrikgebäudes, über Eck zwischen Eisen-

¹ Der Beitrag wurde nicht bei dem Dornacher Forum gehalten, sondern speziell für den Rundbrief verfaßt. Inhaltlich schließt er sich unmittelbar an die Selbstdarstellungen des Forum an.

bahnstraße und Köpenicker Straße im Bezirk Kreuzberg gelegen. Die sogenannte Kreuzberger Mischung, mit Wohn- und Gewerberäumen auf einem Grundstück, wurde als ideal für unser gemeinsames Wohnen und Arbeiten angesehen. Aus der "Zukunftswerkstatt" Volkshochschule gingen im Laufe der Jahre eine Reihe von selbstverwalteten Projekten hervor, in denen inzwischen etwas 60 künstlerisch, pädagogisch und handwerklich zusammenarbeitende Menschen, mit demnächst 20 Kindern, neue Formen des sozialen Lebens entwickeln.

Nachdem von 1973 bis 1980 die Tätigkeit der Volkshochschule mit Kursen, Arbeitsgruppen und einem Orientierungsjahr im Vordergrund stand, entwickelten sich ab 1980 weitere Initiativen: der Waldorfkindergarten, der Hort, die offene Schülerarbeit für Kinder aus der Nachbarschaft, das Jugendwohn- und Ausbildungsprojekt, die "Werkhof Kreuzberg GmbH", das Theater Forum Kreuzberg mit Schauspielseminar und verschiedene Ateliers (Töpferei, Bildhaueratelier, Malatelier).

Der ständig wachsende Raumbedarf führte zum Erwerb von zwei weiteren Häusern, die an das zuerst erworbene Eckgrundstück stellenweise angrenzen. Das erste und zweite Haus wurden in den letzten Jahren mit erheblichem Aufwand an Nervenkraft und Material saniert, die Sanierung des dritten Hauses übersteigt derzeit bei weitem die bei uns vorhandenen Mittel.

Nachdem wir vor 16 Jahren doch recht vereinzelt aufgebrochen waren, sehen wir seit der "Wende" zwei starke Bewegungen von historischen Dimensionen unserem Streben entgegenkommen: das als Literaturgespräch in Osteuropa begonnene Nachdenken über Mitteleuropa, in dem die Entstaatlichung der Gesellschaft und eine weitgehende Autonomie der Kultur angestrebt werden, und die Perestrojka, die mittlerweile in ganz Osteuropa die Alleinherrschaft des Kommunismus beendet hat.

Für das Forum bedeutet die Öffnung der Mauer, daß wir aus der Randlage an der Mauer in die unmittelbare Nähe des neuen Stadtzentrums gerückt sind, was sich zunächst durch anschwellenden Verkehr, steigende Mieten und verdoppelten Grundstückswert dokumentiert. Nach hoffnungsvollen Anfängen mit zahlreichen Begegnungen im Herbst 1989 sind die Ströme des geistigen Austausches zwischen Ost und West, soweit sie das Forum Kreuzberg berühren, gering.

Aus der gemeinsamen Arbeit - was uns bewegt

Ziel des Initialprojektes "Freie Volkshochschule" war und ist die Idee: Kultur und Volksbildung im weitesten Sinne in Verbindung zu bringen mit sozialer Verantwortung und Dreigliederung. Was das letzte konkret heißen sollte, war in den ersten Jahren den wenigsten ganz deutlich.

Gemeinsam aus einer inneren Notwendigkeit getragen war der Impuls, zur Entfaltung der Fähigkeiten des Individuums einen von Staats- und Wirtschaftszwängen freien "Marktplatz" zu schaffen. Auf diesem sollten sich verschiedenartige geistige Strömungen, Anregungen und Impulse begegnen, die sich auseinandersetzen und befruchten können. Also nicht eine anthroposophische Einrichtung in "Reinkultur" bilden, sondern Raum für freies Geistesleben schaffen.

Nachdem in der Zeit von 1973 bis 1979 besonders die Arbeit der "Freien Volkshochschule" im Vordergrund stand, entwickelten sich in der Folgezeit, wie in der Übersicht dargestellt, verschiedene selbständige Initiativen.

Zugleich trat turnusmäßig die Frage auf, warum wir eigentlich gemeinsam in einem Projekt arbeiten, was das

Gemeinsame, die Vision, der Geist des Forum Kreuzberg wäre.

Beim genaueren Hinsehen zeigte sich, daß in allen Projekten ein pädagogischer Impuls lebt, wobei die Zielgruppe, an die er sich richtet, alle Lebensalter umfaßt. In den Schwierigkeiten des täglichen Miteinander hat uns diese Erkenntnis nicht viel weitergeholfen, die verschiedenen Arbeitsbereiche sind zu unterschiedlich und der Projekt-egoismus stark ausgeprägt.

Angeregt durch die äußere Umwälzung seit der Öffnung der Mauer am 9. November 1989 und angesichts des einsetzenden Kultursterbens, haben wir über die Möglichkeit einer "Wirtschaftsgemeinschaft" unserer Wirtschafts- und Kulturprojekte gesprochen. Auch im "Mikrokosmos Forum" haben wir bisher keine befriedigenden Lösungen für das brüderliche Wirtschaften gefunden. "Wirtschaftsfragen" beenden häufig auch bei uns de facto die Diskussion: Wo soll denn bei uns das Geld herkommen?

Unsere Betriebe erwirtschaften keine nennenswerte Überschüsse und auch die Hausverwaltungen benötigen aufgrund der gerade abgeschlossenen Baumaßnahmen eher weitere Kredite, als daß sie, wie ursprünglich geplant, Überschüsse einer freien Kulturarbeit zur Verfügung stellen können. Ungelöst bleibt die ungleiche Situation von relativ sicherem Einkommen in einigen Projekten und wenig bis keinem regelmäßigen Einkommen, vor allem für die Schauspieler unseres Theaters.

Das Gespenst der Teilung des Vereins nach verschiedenen Arbeitsschwerpunkten schwebte schon im Raum, als im Winter 1990 der Beschluß gefaßt wurde, den Verein erstmals auch im Innenverhältnis - probeweise auf ein Jahr - als wirtschaftliche und rechtliche Einheit zu betreiben und nicht als loses Dach für verschiedene Einzelprojekte anzusehen. Transparenz der Gesamt- und Einzelfinanzierung, gemeinsames Anschauen und Beschließen der Etat- und Stellenpläne sollen ein Gesamtbewußtsein fördern. Positiv hat sich bisher die Zusammenlegung aller Konten und Rücklagen ausgewirkt: wir haben eine beachtliche Gesamt-Liquidität.

Die ebenfalls beschlossene Gliederung in einen Verein, der die Aufgaben der Haus-, Grundbesitz- und Vermögensverwaltung wahrnimmt, und einen weiteren Verein als Träger der Projekte, wurde bisher nicht durchgeführt. Im Bereich Vermögensverwaltung könnte von "außen" kommende Hilfe, z.B. durch Umschuldung von Krediten und Übernahme von Hypotheken, wirkungsvoll ansetzen.

Im Frühjahr 1991 wurde zugleich mit der Umstellung auf "gemeinsames Wirtschaften in einem Verein" die Umwandlung der Gremienstruktur in Delegationen, mit Arbeitsaufgaben und Beschlußfunktionen angegangen, dieser Prozeß dauerte bis zu den Sommerferien. So kann nach neun Monaten noch kein Urteil über Erfolg oder Mißerfolg unserer neuen Zusammenarbeit gefällt werden, zumal auch äußere Veränderungen wie die Kürzungen öffentlicher Fördermittel im sozialen und kulturellen Bereich das Bild beeinflussen. Wir haben uns nicht so zerstritten, daß wir das Experiment aufgeben müßten und werden die Zusammenarbeit fortsetzen und vielleicht sogar noch intensiver gestalten, treu nach dem Motto: "...komm mit, sagte der Esel, etwas besseres als den Tod findest du überall..."

Zeitplan:

1972: Michael Wilhelmi kauft mit Freunden aus privaten Mitteln zwei große Mietwohnhäuser, verbunden durch einen Komplex von Fabriketagen, auf dem Eckgrundstück Eisenbahnstraße 21/Köpenicker Straße 174 in Berlin-Kreuzberg.

1973: Am 1. Mai wird der Verein *Forum Kreuzberg* - Zentrum für wissenschaftliche, künstlerische und soziale Arbeit e.V. gegründet. Mit der *Freien Volkshochschule* wird eine erste Kulturinitiative entfaltet. In vorübergehender Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Kreuzberg beginnen die ersten öffentlichen Kurse.

1974: In dem semesterübergreifenden *Orientierungsjahr* können seit 1974 ca. 15-20 Jugendliche in einem Wanderstudium verschiedene Berufstätigkeiten kennenlernen.

1976: In der *Töpferei* beginnt Julia Rüger mit Töpferkursen in Aufbautechnik.

1978: Heiner Huober eröffnet die *Spielzeugwerkstatt* im 2. Stock des Fabrikgebäudes.

1979: Nach einem Prozeß wird die Gaststätte im Hause von Mitarbeitern übernommen und unter dem Namen *Midgard* vorerst als Schankwirtschaft betrieben.

1980: Mit Stiftungsmitteln richtet Hermann Leisse die *Metallwerkstatt* ein und schließt sich mit der Spielzeugwerkstätte (jetzt: *Tischlerei*) und, später hinzukommend, einer Malerei zum *Werk-Hof Kreuzberg GmbH* zusammen.

1981: Mit der *Jugendwohn und -ausbildungsgemeinschaft* entsteht für Jugendliche die Möglichkeit, in betreutem Wohnen einen Lehrabschluß zu erwerben. Eva-Maria Seidel und Karl-Heinz Finke übernehmen das *Midgard* nach Einrichtung einer Küche und betreiben die Gaststätte als vegetarisches Vollwertrestaurant und Café. Margarete Wilhelmi und Helmut Riethmüller gründen die Naturkostläden *Himmel & Erde* und *Land & Leute*.

1983: Für die folgenden drei Jahre bindet die *Selbsthilfe-Sanierung* der gesamten Haussubstanz der 1972 erworbenen Häuser alle verfügbaren Kräfte.

1984: Jobst Langhans gründet das *Theater Forum Kreuzberg*. Nach umfangreichen Baumaßnahmen kommt "Der König stirbt" von Ionesco zur Aufführung. Eine weitere Kindergartengruppe wird eingerichtet, so daß insgesamt 36 Kinder Platz finden. Das Haus Eisenbahnstraße 23 wird vom Verein erworben. Es kommen hauptsächlich neue Wohnungen hinzu.

1985: Die noch verbleibenden privaten Eigentumsteile an Haus und Grundstück werden von Michael Wilhelmi gegen ein Wohnrecht dem Verein übertragen. Helmut Riethmüller zieht mit dem *Forum Betriebsberatung* in die Eisenbahnstraße 23 ein und konzipiert den Lehrgangsträger *Forum Berufsbildung*.

1986: Mitte Dezember wird trotz Bedenken einiger Forumsmitarbeiter Haus und Grundstück Köpenicker Straße 175 erworben.

1987: Im *Schauspielseminar* können sich seit März 15 Teilnehmer in vierjähriger Ausbildung auf den staatlichen Schauspielabschluß vorbereiten. Birgit Öchsler gibt mit der provisorischen Einrichtung des *Schülerladens* für Kinder aus der Nachbarschaft der Arbeit des Schülerkreises SO 36 eine feste Bleibe. Ins Fabrikgebäude Köpenicker Straße 175 (3. OG) zieht mit Jochen Brehme ein Bildhauer-Atelier ein. Im 4. OG findet sich auf Initiative von Peter Tils eine Werkstattgemeinschaft (Kerzenzieherei, Goldschmiede und Malerei) zusammen.

1988: Die Tischlerei zieht nunmehr als reine Ausbildungswerkstatt in die beiden unteren Fabriketagen der

Köpenicker Str. 175 ein. Im Seitenflügelgedach entsteht ein Mal-Atelier für Eva Lohmann.

1989: Die Sanierung der Eisenbahnstr. 23 beginnt wieder, mit Mitteln aus dem "Selbsthilfeprogramm" gefördert, aber nach den bisherigen Erfahrungen zum überwiegenden Teil durch Firmen ausgeführt. Im Theaterseminar entsteht als weitere Ausbildungsinitiative, ohne Schauspielprüfungen zum Ziel zu haben, das Cechov-Studienjahr. Mit Elterndarlehen und Stiftungsmitteln wird für 20 Kinder der Hort im 2. OG SFL Köpenicker Str. 174 eröffnet.

1990: In der Mitarbeiterrunde beginnt aufs neue eine Auseinandersetzung zum Thema Dreigliederung, die zur Folge hat, daß ab 1991 der Verein erstmalig (probeweise) als Einheit und nicht als Summe von Projekten aufgefaßt werden soll. Im weiteren Verlauf soll der Verein in mindestens zwei Vereine gegliedert werden: Trennung von Haus-, Grundbesitz- und Vermögensverwaltung und den Projektbereichen.

Literatur zu Fragen der Selbstverwaltung, speziell des Kulturlebens

Freie Schule. Flensburger Hefte 6/90, Nr. 29. Enthält Beiträge zu verschiedensten Aspekten der Selbstverwaltung. *Herrmannstorfer, Udo*: Zur sozialorganischen Bewältigung des Geldwesens. In: Ders.: "Scheinmarktwirtschaft. Die Unverkäuflichkeit von Arbeit, Boden und Kapital". Praxis Anthroposophie 6. Stuttgart 1991. (Zur Finanzierung des Kulturlebens)

Kloss, Heinz: Die Selbstverwaltung des Geisteslebens, Reihe "Die Bundesrepublik Deutschland als Selbstverwaltungsland. Ein Programm", Band 5, Frankfurt a.M. 1981.

-: Selbstverwaltung und die Dreigliederung des sozialen Organismus. Die Bundesrepublik Deutschland als Selbstverwaltungsland. Ein Programm. Band 3. Frankfurt a.M. 1983.

Kugler, Walter: Selbstverwaltung als Gestaltungsprinzip eines zukunftsorientierten Schulwesens, dargestellt am Beispiel der Freien Waldorfschulen, Reihe: Erziehung vor dem Forum der Zeit, Band 13, Stuttgart 1981.

Leber, Stefan: Selbstverwirklichung, Mündigkeit, Sozialität. Eine Einführung in die Dreigliederung des sozialen Organismus. Beiträge zur Anthroposophie, Band 3, Stuttgart 1978.

-: Die Sozialgestalt der Waldorfschule, Reihe: Menschenkunde und Erziehung, Bd. 30, Neuausgabe Stuttgart 1991.

Lindenberg, Christoph: Freies Geistesleben - wozu? Die Drei, 43.Jg., H.1/1973, S.1-10.

-: Freies Geistesleben konkret. Die Drei, 49.Jg., H.4/1979, S.258-259.

-: Kulturbetrieb oder Geistesleben? Die Drei, 47.Jg., H.7/8/1977, S.459-459.

Leist, Manfred: Eltern und Lehrer. Ihr Zusammenwirken in den sozialen Prozessen der Waldorfschule. Reihe: Erziehung vor dem Forum der Zeit, Bd. 14.

2. bearbeitete und um ein Kapitel erweiterte Aufl. Stuttgart 1988.

Memorandum zur Rolle des Bildungswesens im Einigungsprozeß Europas. Dreigliederungs-Rundbrief, Stuttgart, Nr. 2/1991.

Steiner, Rudolf: Die Kernpunkte der sozialen Frage in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft. Gesamtausgabe (GA) 23 (1919), Dornach 1961.

-: Aufsätze über die Dreigliederung des sozialen Organismus und zur Zeitlage 1915 - 1921, Dornach 1982, GA 24.

"Bio-Lüge"? - ZDF greift Demeter an

Christiane Heidorn

Am 22. Januar 1992 um 22.15 Uhr wurde im ZDF die Pilotsendung der Sendereihe "Zündstoff" ausgestrahlt. Titel: "Die Biolüge". Die Redakteure Isabel de la Vega und Heiner Katzenmeier erhoben massive Vorwürfe gegen Produktions- und Kontrollmethoden etablierter ökologischer Anbauverbände. Besonders "scharf geschossen" wurde dabei auf den Demeter-Bund, speziell im Hinblick auf Demeter-Produkte aus Spanien von der Finca La Tenienta.

Die Reaktionen der Käufer von Demeter-Produkten und Biodyn-Ware reichen von Unsicherheit über Ärger bis zu Enttäuschung. Überall trifft man auf Profitstreben und Unehrllichkeit - jetzt also auch beim Demeter-Bund? Gerade weil es bei Demeter nicht "nur" um organischen Landbau geht, sondern auch eine ganz bestimmte Art der Weltanschauung, die Anthroposophie, damit verbunden ist, war die Empörung bei einigen Verbrauchern sehr groß.

Die Redakteure erhoben gegen den Demeter-Bund den Vorwurf, daß die von ihm bzw. den angeschlossenen Herstellern und Verarbeitern praktizierten Kontrollmaßnahmen unprofessionell und unzureichend seien. Außerdem würden Hersteller, Verarbeiter und Händler von Demeter-Produkten aus Profitgründen die ihnen obliegende Sorgfaltspflicht vernachlässigen.

Besonders schwere Vorwürfe wurden vom ZDF im Hinblick auf die Finca La Tenienta erhoben. Dort sei konventionelle Ware mit erheblichem Profit zu Bio-Ware umgewandelt worden. Dem Demeter-Bund sei bekannt gewesen, daß La Tenienta schon mit mehreren Verbänden Verträge geschlossen und wieder gelöst habe, trotzdem habe er die Finca als biologisch-dynamischen Anbaubetrieb anerkannt. Außerdem habe der Kontrolleur des Demeter-Bundes für biologisch-dynamische Projekte in Spanien, Dr. Julius Obermaier, einen Beratervertrag für die Vermarktung von Erzeugnissen der Finca La Tenienta angestrebt, was Demeter-Mitarbeitern prinzipiell untersagt ist.

Der Demeter-Bund hat in mehreren Verlautbarungen zu den in der Sendung erhobenen Vorwürfen Stellung genommen. Er weist u.a. darauf hin, daß die Demeter-Richtlinien für Anbau, Handel und Vermarktung zu den weltweit strengsten verpflichtenden Regelkatalogen im ökologischen Anbau gehören. Der Demeter-Bund selbst übt auch keine gewinnorientierte Handelstätigkeit aus, sondern ist ein neutrales Rechtsinstitut, gegründet zur objektiven treuhänderischen Verwaltung der gesetzlich geschützten Warenzeichen "Biodyn" und "Demeter".

Daß Dr. Julius Obermaier eventuell aus dem Demeter-Bund austreten und einen Beratervertrag abschließen wollte, schließt der Demeter-Bund als Denkmöglichkeit nicht aus. Aus diesem Grund wurde Dr. Obermaier unverzüglich von seiner Auslandsarbeit beurlaubt. Ein Rechtsanwalt wurde damit beauftragt, die Vorwürfe gegen den Demeter-Kontrolleur zu prüfen. Außerdem wurde eine Nachkontrolle der von Dr. Obermaier betreuten laufenden biologisch-dynamischen Auslandsprojekte eingerichtet.

Der Demeter-Bund versichert, daß die erhobenen Vorwürfe in jedem Fall einer neutralen Prüfung unterzogen werden. Falls sich Mängel zeigten, würden die entsprechenden Konsequenzen gezogen.

Der ZDF-Bericht enthielt, abgesehen von der unzulässigen Generalisierung eines Einzelfalls, eine ganze Reihe von Schiefheiten und offenkundigen Unrichtigkeiten. So wurde z.B. versäumt, darauf hinzuweisen, daß es einen Unterschied zwischen der Finca La Tenienta und dem Handel La Tenienta S.A.T. gibt. Das letztere Unternehmen betreibt nicht nur mit eigenen Produkten Handel, sondern kauft auch andere ökologisch angebaute Erzeugnisse hinzu. Anfang 1991 kamen dem Demeter-Bund Gerichte über unlautere Handelsgebaren der La Tenienta S.A.T. zu Ohren, woraufhin der Warenfluß des Unternehmens zweimal kontrolliert wurde. Nachdem das Ergebnis der zweiten Kontrolle im Juli 1991 unbefriedigend ausfiel, wurde eine fristlose Kündigung erwogen. Zeitgleich erfolgte die Vertragsauflösung durch die La Tenienta selbst. Außerdem wurde im Mai 1991 eine Außenstelle des Demeter-Bundes in Spanien eingerichtet und ein System zur Warenflußkontrolle der spanischen biologisch-dynamischen Produkte entwickelt.

Zum Abschluß der Sendung wurde behauptet, der Demeter-Bund sei zu einer Stellungnahme zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen aufgefordert worden, habe darauf jedoch nicht reagiert. Richtig ist, daß es keinerlei Aufforderung und Möglichkeit zu einer solchen Stellungnahme gegeben hat. Zwar gab es im Vorfeld der Dreharbeiten einen intensiven Kontakt zu Heiner Katzenmeier, zu diesem Zeitpunkt war von den Vorwürfen jedoch noch keine Rede.

So muß der Bericht insgesamt als durchaus tendenziös bewertet werden. Eindeutig war das Bestreben, den Verbänden des alternativen Landbaus die Kompetenz zur Qualitäts-Kontrolle abzusprechen und mehr staatlicher Reglementierung in diesem Bereich das Wort zu reden. Der aktuelle politische Hintergrund ist die Debatte um die Durchführung der Bio-Verordnung der EG (vgl. den Artikel von Thomas Wirth im letzten Rundbrief). Der Recherche-Stil des ZDF läßt die Frage nach dem Umgang mit der enormen Macht der Medien aufkommen. Für Demeter und andere Verbände des ökologischen Anbaus entsteht hier auch die Aufgabe einer wirksameren Öffentlichkeitsarbeit. In diesem Sinne war die Sendung sicherlich auch ein Anstoß, über notwendige Veränderungen nachzudenken. Der kritische Verbraucher sollte aus dem Vorgang die Schlußfolgerung ziehen, stärker Mitverantwortung zu übernehmen. Diese Mitverantwortung ist die Alternative zur Reglementierung.

Meldungen, Ankündigungen Vermisch

Das Geld im Kreislauf der Volkswirtschaft

(cs) Unter diesem Titel veranstaltet das Seminar für freiheitliche Ordnung am 28./29. März in Bad Boll ein Elementarseminar. In verschiedenen Gesprächsabschnit-

ten, die jeweils durch Referate von Eckard Behrens eingeleitet werden, sollen Grundfragen der Geldordnung behandelt werden.

Nähere Informationen und Anmeldung: Seminar für freiheitliche Ordnung, Badstr. 35, W-7325 Bad Boll, Tel.: 07164-3573.

Dreigliederungs-Zeitschrift in Frankreich

(cs) Unter dem Titel "*Tournant - Journal pour la fraternité dans l'économie, la vraie rencontre de l'autre et la spiritualisation de la culture*" erscheint seit einiger Zeit in Frankreich eine Monatszeitschrift, die sich für die Dreigliederung des sozialen Organismus engagiert. Der Redaktion gehören Michel Joseph, Bruno Gaudiot, Marcella Trujillo, Bénédicte Banet und Suzanne Joseph-Vásárhelyi an. Die Februar-Nummer behandelt u.a. Probleme Polens und Rußlands, die Wirksamkeit des Opus-Dei-Ordens und - anhand der Übersetzung eines Artikels von W. Schmunt - die Elementarlehre des sozialen Organismus. Adresse: *Tournant*, 15, rue Georges Clémenceau, F-78400 Chatou, Tel.: (1)30713765. Fax: (1)307112617.

Institut für Eurythmie im Arbeitsleben

(cs) Das von Annemarie Ehrlich 1986 begründete Institut bietet eine Einführung in die Betriebseurythmie für interessierte Unternehmer, Ausbilder, Personalführungskräfte und Manager an. Die Einführung findet am 27. März von 9.30 bis 16.00 Uhr in der Zentrale der dm drogeriemarkt GmbH und Co. KG, Carl-Metz-Str. 1, 7500 Karlsruhe, statt.

Nähere Informationen über das Treffen und die Arbeit des Instituts: Institut voor Eurythmie in Werkgebieden, De-delstraat 11, NL-2596 RA Den Haag.

Jugendtagung am Goetheanum

(cs) Die diesjährige Tagung der Jugendsektion findet vom 11.-18. Juli statt und steht unter dem Leitthema "... von wegen Freiheit".

Informationen und Anmeldung: Goetheanum, Tagungsbüro Jugendtagung 1992, CH-4143 Dornach, Tel. 0(041)61-7014041.

Mensch und Erde in Gefahr

(cs) Unter diesem Leitthema finden am 28./29. März in der Filderhalle Leinfelden-Echterdingen Vorträge, Gespräche, Begegnungen und Ausstellungen statt, bei denen es um Anthroposophie als Lebenspraxis in Landbau, Ernährung und Ökologie geht. Veranstalter sind u.a. der Demeter-Bund und die Anthroposophische Gesellschaft. Beginn: Samstag um 10.00 Uhr. (Tageskarte 30,- DM, Einzelvortrag 10,- DM.)

Kulturkarawane, 20.7. - 12.8.

(cs) Berlin - Moskau - Kirow - Irkutsk - Jekatarinenburg - Omsk - Ulaanbatar. Das sind die Stationen der Kulturkarawane. Die Initiatoren verstehen die Kulturkarawane als Antwort auf den Umbruch in unseren östlichen Nachbarstaaten. Anmeldeschluß für die Teilnahme ist der 31. März.

Kulturkarawane, Bornstr. 11, W-1000 Berlin 41, Tel.: 030-8592846.

Arbeitsgruppe für Verbraucherfragen - Freie Verbrauchervereinigung, Stuttgart

(cs) Die Arbeitsgruppe trifft sich 3wöchentlich jeweils montags 19.00-21.00 Uhr im FORUM 3, Gymnasiumstr. 21 (Stuttgart Mitte). Die Einleitung besteht in gemeinsamer Lektüre von Texten zum assoziativen Wirtschaftsgedanken. Im praktischen Teil wurden im Januar und Februar die Themen "abbaubare Waschmittel" und "Abfallfragen" behandelt. Am Montag, dem 16.3. und 6.4., geht es um aktuelle Fragen zwischen biologischen Erzeugern und Verbrauchern. Weitere Veranstaltungen: Samstag, 9.6., 20.00: Vortrag Heidjer Reetz (Freiburg): Was kann eine Assoziation sein zwischen Verbrauchern, Herstellern und Händlern? Sonntag, 10.5., 10.00: Arbeitsgespräch mit H. Reetz zu diesem Thema.

Kontaktadresse: Arbeitsgruppe für Verbraucherfragen, Schützenstr. 18, W-7000 Stuttgart. Auskunft: Johannes von Dollhopf, Tel.: 0711-284894.

Polit-Prominenz beim Wochenendseminar "Dreigliederung des sozialen Organismus und Politik"

(cs) Für das Seminar im Rahmen der Fortbildungsreihe "Individualität und soziale Verantwortung", das vom Do, 28., - So, 31. Mai 1992 im Gustav-Stresemann-Haus in Bonn stattfindet, ist es gelungen, eine ganze Reihe interessanter Persönlichkeiten aus der Politik als Referenten zu gewinnen. Dr. Peter Glotz (MdB), ehemaliger Bundesgeschäftsführer der SPD und Vorsitzender des SPD-Bezirks Südbayern, spricht am Samstag Abend über das Thema "Hat die Parteiendemokratie eine Zukunft?" Am Vorabend referiert Gerald Häfner, Vorsitzender der bayrischen GRÜNEN, über "Chancen und Gefahren direkter Demokratie". Bei einem Parteienforum zum Thema "Wege aus der Staatsverdrossenheit" wirken die Bundestagsabgeordneten Friedbert Pflüger (CDU), Otto Schily (SPD) und der Bundesgeschäftsführer der GRÜNEN Henry Selzer mit. Wer die FDP vertreten wird, ist zur Stunde noch offen.

Außerdem sprechen Udo Herrmannstorfer und Christoph Strawe über Politik, soziale Erneuerung und Dreigliederung und gestalten gemeinsam ein Morgenseminar ("Das Spannungsfeld zwischen politischer Bevormundung und individueller Mündigkeit"). Im Rahmen dieses Seminars wird außerdem Ministerialdirigent Dr. Ernst Jörg von Studnitz vom Auswärtigen Amt über "Ost-West-Fragen" referieren. Bodo Bühling wird mit den Teilnehmern unter dem Titel "Dialog HIV" Schauspielübungen durchführen. Geplant ist auch eine Besichtigung des deutschen Bundestages.

Anmeldungsunterlagen über: Institut für soziale Gegenwartsfragen, Haußmannstr. 44a, W-7000 Stuttgart 1 (Büro Strawe).

Freie Waldorfschule Karlsruhe als UNESCO-Projektschule anerkannt

(ch) Zum ersten Mal wurde eine Waldorfschule in das weltweite Modellschulprogramm der UNESCO aufgenommen. Durch das 1952 von Mitgliedstaaten der UNESCO initiierte Modellschulprogramm soll ein internationales Netzwerk von Schulen mit besonderem Interesse an einer Erziehung zur internationalen Verständigung aufgebaut werden. Mit der Aufnahme der Karlsruher Waldorfschule verbindet sich die Perspektive, neben der Darstellung des pädagogischen Ansatzes der Wal-

dorfpädagogik auch an der Bewußtseinsbildung für die Notwendigkeit eines freien Bildungswesens auf internationaler Ebene hinzuwirken.

Zeitschrift "Die Gegenwart" mit neuer Redaktion und im neuen Gewand

(cs) Die im 54. Jahrgang in Bern erscheinende Zeitschrift "Die Gegenwart" hat eine neue Redaktion, die aus Gerold Aregger, Hans-Rudolf Kloter, Gerhard Schütz und Christa Seiler besteht. Dr. Kurt Brotbeck, langjähriger Redakteur, bleibt dem Blatt als redaktioneller Berater verbunden. Die Zeitschrift wird in neuer Aufmachung auch weiterhin dem Thema "soziale Dreigliederung" besonderes Gewicht geben. Autoren des Januar/Februar-Heftes 1991 sind u.a. Georg Kühlewind ("Das Geheimnis der Gegenwart"), Rudolf Hafner ("Neudefinition der Schweizer Neutralität") und Udo Herrmannstorfer ("Das Gespenst der öffentlichen Meinung"). Das Jahresabo kostet in der Schweiz Fr 50,-, in anderen Ländern Fr 55,-. *Die Gegenwart. Forum für geistig-kulturelle, soziale und wirtschaftliche Fragen, Bärenplatz 2, CH-3011 Bern.*

Hearing zum Thema "Föderalismus, Finanzverfassung, Europäische Einigung"

(ch) Im Rahmen der aktuellen Verfassungsdiskussion lädt das "Kuratorium für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder" zu einem öffentlichen Hearing unter oben genanntem Thema ein. Es wird stattfinden am 13. März von 10 bis 13 Uhr in der Vertretung der Hessischen Landesregierung, Kurt-Schumacher-Str. 2-4, W-5300 Bonn 1. Als Sachverständige und Referenten werden u. a. teilnehmen: Prof. Dr. H.-P. Schneider (Deutsches Institut für Föderalismus e.V. Hannover), Prof. Dr. Schmidt-Jordzig (Universität Kiel), Dr. Hochbaum (Referent für Europa-Fragen der Landesvertretung Schleswig-Holstein), Prof. Dr. U.K. Preuß (Universität Bremen), Prof. Dr. J. Seifert (Universität Hannover). Eine weitere Fachanhörung wird am 15. Mai, ebenfalls in Bonn, zum Thema "Gleichstellung der Frau" stattfinden. *Anmeldung und nähere Informationen: Kuratorium für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder, Haus der Demokratie, Friedrichstr. 165, O-1080 Berlin.*

Die Verfassungskommission

(ch) Am 16. Januar ist die Verfassungskommission zum ersten Mal zusammengetreten. Sie wird bis März 1993 darüber beraten, inwieweit das Grundgesetz erneuert oder verbessert werden soll. Mitglieder der Verfassungskommission sind ausschließlich Bundestagsabgeordnete, außerdem haben alle Ministerpräsidenten der Bundesländer sowie je ein zusätzlicher Minister einen Sitz in der 64köpfigen Kommission. Das Volk, das laut Grundgesetz seine gesamtdeutsche Verfassung "in freier Entscheidung" beschließen soll, ist von den Sitzungen ausgeschlossen und hat keinerlei Möglichkeit, unmittelbar in die Diskussion einzugreifen. Aus diesem Grund hat die "IDEE - Initiative DEMokratie Entwickeln" eine Kampagne "Verfassung mit Volksentscheid" gestartet.

Nähere Informationen: IDEE e.V., Prinz-Albert-Str. 43, W-5300 Bonn, Tel.: 0228 - 215318.

Presseerklärung des Kuratoriums für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder

Zur ersten Sitzung der gemeinsamen Verfassungskommission von Bund und Ländern am 16. Januar 1992 erklärte das Kuratorium:

Der Beitritt der ehemaligen DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes verlangt, nach Artikel 146, daß durch einen Volksentscheid über die gesamtdeutsche Verfassung entschieden wird. Die gemeinsame Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat hat die Aufgabe, diesen Prozeß im Rahmen einer breiten öffentlichen und fachlichen Diskussion vorzubereiten.

Das Kuratorium für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder hat im Sommer letzten Jahres einen eigenen Verfassungsentwurf vorgelegt, der auf der Grundlage des Grundgesetzes und unter Einbeziehung des Verfassungsentwurfes des Runden Tisches erarbeitet wurde. Dieser Entwurf soll die öffentliche Diskussion anregen und die Bevölkerung ermutigen, sich aktiv in den Prozeß der Verfassungsreform einzuschalten. Der Entwurf erweitert durch Einführung von Volksbegehren und Volksentscheid die demokratischen Handlungsspielräume der Bürgerinnen und Bürger. Er bekennt sich zu einer deutlichen Verlagerung der politischen Gewichte zu Gunsten der Länder, die mehr Gesetzgebungskompetenzen und eine stärkere Rolle im Prozeß der europäischen Einigung bekommen sollen. Darüberhinaus schlägt er neue Verfahren vor, die geeignet erscheinen, die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen in die politische Entscheidungsfindung zu integrieren.

Das Kuratorium fordert die Verfassungskommission auf, die Diskussion über die Verfassungsreform nicht als geschlossene Veranstaltung zu führen, sondern ihre Beratungen öffentlich abzuhalten. Die Bürgerinnen und Bürger sollen Gelegenheit haben, Vorschläge zu unterbreiten. Fachleute müssen im Rahmen vieler Anhörungen die Möglichkeit wahrnehmen können, ihren Sachverstand einzubringen.

Nach einer öffentlichen Debatte soll das Volk selbst in einer Volksabstimmung über seine neue Verfassung entscheiden. Sie darf keine bloße Akklamation sein. Die wichtigsten kontroversen Fragen der zukünftigen Verfassung sollten getrennt abgestimmt werden.

Wege zu einer multikulturellen Gesellschaft - Wie können aus dem Dreigliederungsgedanken Lösungsansätze für das Einwanderungs- und Asylproblem entwickelt werden?

(cs) Es sei noch einmal hingewiesen auf das Treffen der Initiative "Netzwerk Dreigliederung" zu diesem Thema, das am *Sonntag, 29. März 1992* in Vaihingen/Enz stattfindet. *Ort: Handelskontor Willmann, Vaihingen/Enz.*

10.30 Uhr: Eröffnung. Referat von Udo Herrmannstorfer: "Auswanderung und Einwanderung - Aufforderung zur Entwicklung weltweiter Brüderlichkeit". Aussprache. 13.00 Uhr: Referat von Gerald Häfner: "Emigration und Asyl als Rechtsfrage". Aussprache (Erfahrungsberichte). 16.00 Uhr: Referat von C. Strawe: "Multikulturelle Gesellschaft - Schlagwort oder Gestaltungsaufgabe?" Korreferat Magda Maier, Stuttgart: "Praktische Ansätze" (Waldorfpädagogik im Ausländerviertel u.a.).

Zu dem Treffen sind alle Interessierten herzlich eingeladen (kurze Anmeldung an das Netzwerk-Büro erbeten, dort auf Wunsch auch Anfahrsbeschreibung erhältlich).
Achtung Bahnfahrer: Bei der Beschreibung des Fußwegs vom Bahnhof Vaihingen/Enz zum Tagungsort hat sich im letzten Rundbrief ein Fehler eingeschlichen: Sie müssen sich vor dem Ortseingang Kleinglattbach rechts (statt wie angegeben links) halten.

Die Rundbrief-Redaktion in eigener Sache

(cs) In der Vergangenheit kam es bei der Belieferung mit dem Rundbrief aus verschiedenen Gründen, die teilweise bei unserem Vertrieb, teilweise aber bei der Post lagen, gelegentlich zu Problemen. Bitte helfen Sie uns bei der Eingrenzung und Beseitigung solcher Probleme, indem Sie sich bei uns melden, falls Sie eine Rundbrief-Nummer verspätet oder gar nicht erhalten haben. (Die Nr. 4/91 wurde in der letzten Dezember Woche versandt, die Nummer 2/92 erscheint aller Voraussicht nach im Juni.) Und noch eine Bitte: teilen Sie uns unbedingt Anschriftenänderungen mit. So sichern Sie sich die pünktliche Belieferung mit dem Rundbrief und helfen uns, aufwendige Nachforschungen nach der Anschrift zu vermeiden. Für Anregungen, Kritik und Vorschläge zu Inhalt und Gestaltung des Rundbriefs sind wir immer dankbar. Und natürlich freuen wir uns, wenn Sie andere Menschen auf den Rundbrief aufmerksam machen. Bei Bedarf schicken wir Ihnen hierfür Probeexemplare.

Zuguterletzt

Wie arg es zugeht auf der Welt,
wird auf Kongressen festgestellt.
Man trinkt, man tanzt, man redet froh,
und alles bleibt beim Status quo.
(Mitgeteilt durch Ernst Lutterbeck)

